

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Alf Lüdtke

Die DDR als Geschichte

Zur Geschichtsschreibung über die DDR

Holle Grünert

Beschäftigungsstrategie der DDR

Frühe Erfolge und zunehmende Erstarrung

Hubertus Knabe

Nachrichten aus einer anderen DDR

Inoffizielle politische Publizistik in Ostdeutschland
in den achtziger Jahren

B 36/98

28. August 1998

Alf Lüdtk e, Dr. phil. habil., geb. 1943; wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für Geschichte, Göttingen; apl. Professor an der Universität Hannover.

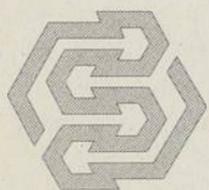
Veröffentlichungen u. a.: „Gemeinwohl“, Polizei und Festungspraxis. Staatliche Gewaltsamkeit und innere Verwaltung in Preußen, 1815–1850, Göttingen 1982 (englisch 1989); (Hrsg.) Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt/M. 1989 (1994 franz., 1995 engl.); (Hrsg.) Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien, Göttingen 1991; Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik von Kaiserreich bis in den Faschismus, Hamburg 1993; (Hrsg. zus. mit Inge Marbolek und Adelheid von Saldern) Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des zwanzigsten Jahrhunderts, Stuttgart 1996; (Hrsg.) Was bleibt von marxistischen Perspektiven in der Geschichtsforschung? Göttingen 1997; (Hrsg. zus. mit Peter Becker) Akten, Eingaben, Schaufenster: Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin 1997.

Holle Grünert, Dr. sc. oec., geb. 1951; Mitwirkung an der Berichterstattung der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW); Gründungsmitglied und seit 1997 Mitarbeiterin des Zentrums für Sozialforschung an der Universität Halle-Wittenberg (ZSH).

Veröffentlichungen u. a.: Arbeitsmarkt Sachsen-Anhalt im Umbruch, Magdeburg 1994; Arbeit und Beschäftigung – Schlüsselthemen der Transformationsforschung, in: Soziologische Revue, (1995) 2; Das Beschäftigungssystem der DDR, in: B. Lutz/H. M. Nickel/R. Schmidt/A. Sorge (Hrsg.), Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe (KSPW: Berichte 1), Opladen 1996; (zus. mit B. Lutz) Der Zerfall der Beschäftigungsstrukturen der DDR 1989–1993, Opladen 1996; Beschäftigungssystem und Arbeitsmarkt in der DDR, Opladen 1997.

Hubertus Knabe, Dr. phil., geb. 1959; wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Klaus Ehring (Pseud. des Verf.)/Martin Dallwitz, Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Reinbek 1982; (Hrsg.) Aufbruch in eine andere DDR. Reformen und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes, Reinbek 1989; Umweltkonflikte im Sozialismus. Möglichkeiten und Grenzen der Problemartikulation in sozialistischen Systemen – eine vergleichende Analyse der Umweltdiskussion in der DDR und Ungarn, Köln 1993.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die DDR als Geschichte

Zur Geschichtsschreibung über die DDR

I. Herrschaft und Gesellschaft: Profile der DDR

Vorschläge zur Analyse der DDR und ihrer Geschichte sind zahlreich und nicht selten kontrovers. Das Angebot scheint sich immer noch zu erweitern¹. Diese Vielzahl sollte aber nicht verdecken, daß die Deutungen in den letzten Jahren wieder vermehrt unter den Einfluß von „Entweder-oder“-Polaritäten geraten sind. Danach war die DDR entweder eine „SED“- bzw. „zweite deutsche Diktatur“ – in vielem ein „verlängertes Besatzungsregime“, in dem letztlich nur die Bajonette und Panzer der Sowjets für Ruhe im Lande sorgten und eine Art Stabilität erzwangen. Das „Oder“ hieß: Es entwickelten sich spätestens seit der Zäsur des Mauerbaus von 1961 Formen des innergesellschaftlichen Mitmachens und Akzeptierens, auch der ausdrücklichen Unterstützung, die industriegesellschaftliche Normalität ermöglichten oder suggerierten.

Diese Polarität ist nicht identisch mit einer zweiten. Fragen nach Diktatur, genereller: nach Herrschaft fördern immer wieder das Mißverständnis, dafür taue nur Politikgeschichte. Man konzentriert sich dann nur auf „Institutionen“, Machteliten und „Ideologien“². Spiegelbildliches gilt bei Interessen an sozialen Mustern und Beziehungen, an dem Maß oder der Blockade gesellschaftlicher

Modernisierung: Sozial- und alltagsgeschichtliche Zugriffe dominieren.

Die Skepsis gegenüber Fragen nach Gesellschaft, Alltag und Lebensweisen beruft sich häufig auf die Blindheit einer bestimmten Richtung innerhalb der Sozialwissenschaft. In den siebziger und achtziger Jahren haben strukturalistische Perspektiven fraglos zweierlei an der DDR, generell am „real existierenden Sozialismus“ verkannt: die Dauerhaftigkeit der Repression und ihrer (geheim-)polizeilich-juristischen wie militärischen Formen; das offenbar flächendeckende „Fahren auf Verschleiß“ in Industrie- wie Agrarwirtschaft. Durch die Konzentration auf eine angeblich systemübergreifende Modernisierung in West und Ost wurden spezifische Verschränkungen von Gesellschaft und Herrschaft in der DDR ignoriert. Daß die (partei-)politische Führung und ihre „Staatsmacht“ nicht nur an den Außengrenzen, sondern auch im Innern Verletzungs- und Tötungsgewalt gezielt und fortwährend einsetzte, verschwand zumindest in den siebziger und achtziger Jahren im sogenannten „Wettkampf der Systeme“.

Für die weitere historische Rekonstruktion der DDR ist es jedoch geboten, „Herrschaft“ und „Gesellschaft“ weder als Gegensätze noch als Momente einer Rangordnung vorzustellen. Zentral sind vielmehr die Formen und Praktiken, in denen die „Apparate“, d. h. deren Akteure ebenso wie die vielen außerhalb der Schaltstellen der Macht, ihre Wirklichkeit wahrnahmen, und wie sie sich verhielten. In welchen Kräftefeldern wurden von wem (und wie) Fremd- und Selbstkontrolle, Übermächtigung und Distanz angemeldet und eingefordert, versagt oder verwirklicht? Herrschaft wird gesellschaftlich produziert – Gesellschaft und Individuen werden herrschaftlich geformt. Das Thema sind die Formen des unvermittelten Nebeneinanders wie der Verflechtungen von Repression und ‚Lockerung‘, von Mitmachen wie von Eigensinn, womöglich auch Widerständigkeit³. Die Konjunkturen von Zwang, Mangel und Angebot sind nachzuzeichnen. Es geht um Gleichzeitigkeiten

Dies ist eine erheblich gekürzte und zum Teil überarbeitete Fassung meines Aufsatzes: La République Démocratique Allemande comme histoire. Réflexions historiographiques, in: Annales HSS, 53 (1998), S. 3–39.

1 Vgl. Konrad Jarausch, Realer Sozialismus als Fürsorge-diktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/98, S. 33–46.

2 Dabei zeigen Beispiele, daß Analysen dieses Typs sehr wohl wesentliche Thesen in Frage stellen, die zumal von Vertretern politikgeschichtlicher Ansätze favorisiert werden. Ein Beispiel ist die nachdrückliche Kritik an der These einer von „außen“ kommenden „Sowjetisierung“ für die SED bei Harold Hurwitz (unter Mitarbeit von Ursula Böhme und Andreas Malycha), Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946 bis 1949, Wiesbaden 1997.

3 Vgl. Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Berlin 1998.

von Angst und Hoffnung, von „Kuscheligkeit“ und Ausgeliefertsein, von Haß und Liebe.

1. „Unterschichtengesellschaft“ – oder „zwei soziale Logiken“?

Für alle Besatzungszonen in Deutschland gilt, daß nicht erst die letzten Wochen des Krieges einen gewaltsamen Umbruch bedeuteten: Bombenkrieg und Evakuierungen ab Sommer 1942, dann die endgültige Rückkehr der Kriegsgewalt auf deutschen Boden ab Januar 1945, Flüchtlingsmassen und „Zusammenbruch“, der direkt überging in Aussiedlungen und Vertreibungen: Ungeachtet aller regionalen Unterschiede war die große Mehrheit der Reichsdeutschen direkt und massiv ge- und betroffen. Sie erlebten „revolutionären Umbruch, extreme Ausnahmesituation, Übergangs- und Inkubationszeit“⁴. Es sind vor allem die sozialstrukturellen Folgen dieser Umwälzung, die hier im Zentrum stehen.

Auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik haben diese Migrationen wesentliche Merkmale der sozialen Schichtung verändert. Insgesamt aber blieb die Hierarchie der Positionen und der Status erhalten. Anders stand es um die konfessionelle Komposition; die Flüchtlinge verschoben die Relationen in vielen Gegenden erheblich. Letzteres galt auch für die damalige SBZ, später die DDR. Hier aber wurde schon bald eine „qualitative Veränderung der Sozialstruktur“ sichtbar⁵: Das kommerzielle, aber auch erhebliche Teile des freiberuflichen und des Bildungsbürgertums wurden sozial anders bewertet: Sie sahen sich schikaniert, wanderten ab oder wurden vertrieben. Es blieben die „unterbürgerlichen“ Schichten, d. h. „Arbeiter, kleine Bauern und Angestellte“⁶.

Der Kulturwissenschaftler Dietrich Mühlberg hat darauf aufmerksam gemacht, daß in der SBZ NS-Belastete zu Zehntausenden interniert wurden, weit mehr aber flohen in den Westen. Geschäftstüchtige aller Herkünfte gingen bald ebenfalls; Bildungswillige hingegen stiegen zunächst nicht selten in der jungen DDR auf. In jedem Fall blieb „der Rest“, zumal Frauen, meist mit kleinen Kindern und häufig alleinerziehend. Angesichts der geltenden Normen über Familien und die Alltags-

verantwortlichkeit für Kinder waren sie weder sozial noch geographisch mobil. Das bedeutete für die ersten Nachkriegsjahre ein Verhältnis von etwa fünf Männern auf acht Frauen in der SBZ, und jede fünfte Erwachsene war eine alleinstehende Frau (im Westen nur jede zehnte!).

Daraus lassen sich, so Mühlberg, zwei mittelfristige Tendenzen sozialer Verhaltensweisen wie kultureller Selbstdeutung ableiten. Zum einen eine an ihren Verhaltensstandards erkennbare „Unterschichtengesellschaft“, in der „fast alles nach den Maßstäben und Bedürfnissen der kleinen Leute reguliert [war]“⁷. Dem widerspreche keineswegs, daß Frauen seit den späten sechziger Jahren ihre Selbständigkeit beanspruchten und auch zunehmend selbstverständlich praktizierten (dies die zweite Tendenz). Unverkennbar sei der Verzicht auf eine (eheliche) Dauerpartnerschaft. Parallel habe sich allerdings die Bedeutung der Ehe für die individuelle Lebensplanung sogar noch gesteigert. Ehe gelte dabei nicht nur als Ausdruck einer Partnerbeziehung; ihre Wertschätzung speise sich vielmehr aus Erwägungen materiellen Nutzens wie kultureller Respektierlichkeit. In der Tat blieb niedriges Heiratsalter ein Charakteristikum der DDR-Gesellschaft. Die parallel zunehmende Akzeptanz von Ehescheidungen widerspricht dem nicht – denn es scheint, daß häufig erneute Heirat folgte oder angestrebt war⁸.

Der Verweis auf die Wirkmächtigkeit einer „Kleine Leute“-Orientierung ist anregend – jedoch nur von begrenzter Erklärungskraft. Unerläßlich sind Präzisierungen: Zu prüfen wären Formen des Konsumverhaltens, von Kollegialität und Nachbarschaftsbeziehungen; Geschlechterkonstruktionen und ihre Imaginationen müßten einbezogen werden, ebenso Erziehungsmaximen, vor allem Vorstellungen von Disziplin und „Ordnung“, nicht zuletzt in ihren militärischen Formen. Meine These ist, daß sich die Zähigkeit und Durchschlagskraft des Musters, das gemeint ist, weithin bestätigt: die Mischung aus häuslicher Spießigkeit, nachbarschaftlicher Wißbegierde und Kontrollwut – gekoppelt mit Gleichförmigkeit und Hinnahme in scheinbar entfernten Öffentlichkeiten. Es geht

4 Martin Broszat, Einleitung, in: ders./Klaus-Dieter Henke/Hans Woller (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform, München 1988, S. XXX.

5 Dietrich Mühlberg: Sexuelle Orientierungen und Verhaltensweisen in der DDR, in: SOWI, 24 (1995), S. 53 f.

6 Christoph Kleßmann und Martin Kohli mit ihren Beiträgen in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 31–61 und S. 254–270.

7 D. Mühlberg (Anm. 5), S. 54. Für die achtziger Jahre vgl. auch das Resümee von Günter Gaus, Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung, Hamburg 1983, bes. S. 45 f.

8 Mühlberg macht auch darauf aufmerksam, daß in den Vorstellungen über sexuelles Verhalten sehr „klassische“ Rollenbilder über Männer und Frauen – bei ersteren vor allem aus proletarischen Milieus mit betonter Körperlichkeit und genitalem Sex – dominierten. Vgl. D. Mühlberg (Anm. 5), S. 55; insgesamt zu Frauensituationen und -verhalten Gisela Helwig/Hildegard Maria Nickel (Hrsg.), Frauen in Deutschland: 1945–1992, Berlin 1993.

um jene „gesamtgesellschaftliche“ Rigorosität, mit der „Helden wie wir“ (Thomas Brussig) anderen und sich selbst jede Intimität und jeden „Eigensinn“ auszutreiben suchten⁹.

Der Soziologe Wolfgang Engler hat „hautnahe Beziehungsarbeit“ als spezifische Signatur sozialer Alltagswirklichkeit in der DDR bezeichnet. Die damit verbundene „Befreiung von Selbststrücksichten“ ist für ihn – der ebenso wie Mühlberg im DDR-Alltag gelebt und gearbeitet hat – eine der Innenseiten jener „aufgezwungenen Informalisierung“, die neben der Logik „herrschaftlicher Verfügung über die Menschen“ eine zweite Logik angeregt habe. Diese Logik der „selbstentworfenen Biographien“ habe zum Teil alternativ gewirkt, aber auch mit den herrschenden Vorgaben koexistiert¹⁰.

2. Die DDR als „Arbeitsgesellschaft“

Die Bedeutung von „Arbeit“ in der DDR eignet sich als zentraler Punkt der Analyse. Arbeit, in erster Linie Erwerbsarbeit, war danach weit mehr als bloßes Mittel zum Überleben oder zur Erzielung von Wohlstand. Arbeit sei vielmehr „die zentrale Quelle der Strukturierung von Interessen, Institutionen und Identitäten“ gewesen¹¹.

9 Eine glänzende literarische Fassung dieses Musters gibt der fraglos autobiographische ‚Erziehungsroman‘ von Thomas Brussig, *Helden wie wir*, Berlin 1995; vgl. für einen in zu Zeiten der DDR dort auch erschienenen Text Klaus Schlesinger, *Alte Filme*, Rostock 1987⁵; vgl. auch zur Jugendfürsorge und Zwangserziehung: Ministerium für Bildung des Landes Brandenburg (Hrsg.), *Einweisung nach Torgau*, Berlin 1997. Insgesamt gilt hier allerdings erneut und besonders nachdrücklich, daß der Vergleich mit Westdeutschland unerläßlich bleibt, zumal die These einer alltagskulturellen „Verwestlichung“ seit den späten fünfziger Jahren offenbar ein Bezugspunkt des Arguments von Mühlberg zu sein scheint. Vgl. dazu Kaspar Maase, *BRAVO Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren*, Hamburg 1992.

10 Vgl. Wolfgang Engler, *Die ungewollte Moderne. Ost-West-Passagen*, Frankfurt/M. 1995, Kap. II, bes. S. 42, 68 und 77 ff. Diese Parallelität zweier sozialer Logiken wird verfehlt in dem vielfach zitierten, aber doch statischen Modell einer „sozialistischen Ständegesellschaft“, das der Ostberliner Lehrstuhlinhaber für Soziologie, Artur Meier, unmittelbar nach der „Wende“ propagierte, vgl. ders., *Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 16–17/90, S. 31. Auch die These von der DDR als „Organisationsgesellschaft“, d. h. der „Unterstellung der gesamten Gesellschaft unter die Herrschaft des politischen Apparates“ („die“ Bevölkerung habe darauf mit Abschottung und Nischenbildung reagiert), bleibt eindimensional, vgl. Detlef Pollack, *Das Ende einer Organisationsgesellschaft: Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR*, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 19 (1990), S. 292–307.

11 Martin Kohli, *Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung*, in: H. Kaelble/J.

Für Industriearbeiter, die bereits vor 1945 gelernt bzw. gearbeitet hatten, war der Vergleich mit den „früheren Verhältnissen“ naheliegend. In offiziellen, d. h. von der SED angeregten und gesteuerten Kampagnen wurde seit Sommer/Herbst 1948 zweierlei versucht: die Produktionsleistung zu steigern, aber auch, die herkömmlichen Konkurrenzen an den Arbeitsplätzen zu überwinden. Statt der Konkurrenz unter- und gegeneinander sollten die Älteren ihre Erfahrungen an neue bzw. junge Kollegen weitergeben. Bei der Produktions- (mehr noch Produktivitäts-)steigerung wie in Fragen der Kollegialität zeigte sich allerdings immer wieder, wie hartnäckig Mißtrauen gegen „oben“ wie untereinander vorhanden war. Es dominierte – zumal bei denen, die bereits vor 1945 industrielle Erfahrungen gemacht hatten – die Haltung: „Im Zweifel kann man nur sich selbst vertrauen!“ Die mentale Beharrungskraft dieser Deutung von individueller Kontrolle über Arbeitsverrichtung, Arbeitszeit und -raum stützte sich auf ein Erfahrungswissen, das über Generationen immer wieder neu bestätigt worden war. Arbeitsertrag bzw. Lohn, Befriedigung ebenso wie Respekt bei den anderen schienen an Formen individueller (Selbst-)Kontrolle gebunden. Ohne Distanz gegen die Kollegen und das Beharren auf individuellem „Eigensinn“ konnte sich kaum jemand, zumal in der industriellen Produktion, „gutes Arbeiten“ vorstellen¹².

Die nach 1945/46 ins Erwerbsleben eintraten, nahmen offenbar die neue Orientierung emphatisch auf. Eigener Stolz erwuchs daraus, daß man nicht mehr der Maxime der „Alten“ folgte: „Hier mußde mit den Augen stehen!“¹³ Selbstbewußtsein und zunehmend auch Verhandlungsmacht der Arbeitskollektive bzw. der Produktionsbrigaden¹⁴

Kocka/H. Zwahr (Anm. 6), S. 38. Zu Bedeutungen von Arbeit in der DDR vgl. auch Katharina Belwe/Fred Klinger, *Der Wert der Arbeit*, in: *Tradition und Fortschritt in der DDR. Neunzehnte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1986, S. 61–86; Winfried Thaa, *Die legitimatorische Bedeutung des Arbeitsparadigmas in der DDR*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 30 (1989), S. 94–113.

12 Vgl. dazu die Hinweise zur notwendigen „Selbstkontrolle“ in Notizen und Zeitungsartikeln Adolf Henneckes, in: *Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA) NY 4177/Nr. 7. Generell zu Distanznehmen und „Eigensinn“ vgl. Alf Lüdtkke, *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeiterfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Hamburg 1993.*

13 Dazu die Erinnerungsinterviews mit ehemaligen Arbeitern des Aufzugbaus S. M. Kirow im Februar 1993, vgl. Alf Lüdtkke, *„Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR*, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Anm. 6), S. 188–213, 202–204.

14 Vgl. Jörg Roesler, *Die Produktionsbrigaden in der Industrie der DDR. Zentrum der Arbeitswelt?*, in: H. Kaelble/

im Arbeitsalltag verknüpfte also beides: Eigensinnigkeit, die aus der (in vielem) gemeinsamen Leistung im Betrieb herrührte, und Stolz darüber, durch Arbeit ökonomische Eigenständigkeit des „neuen Staates“ gegen große Widrigkeiten zu ermöglichen (also öffentliche Anerkennung zu finden und politisch „richtig“ zu liegen). In dieser Kombination von „Nah“ und „Fern“ dürfte eine der Triebfedern für die Arbeiterproteste am 16. und 17. Juni 1953 und in den Wochen danach gelegen haben¹⁵. Bei diesen Protestaktionen wurden neben Forderungen, die sich auf Arbeitsbedingungen und Lohn konzentrierten, bald auch solche nach politischen Veränderungen gestellt, auch nach dem Systemwechsel: Die Potentiale bedürfnisbezogener Selbstmobilisierung waren vielfältig und blieben keineswegs nur auf den „Nahbereich“ begrenzt!

Im Fortgang der DDR erwachsen aus den Mischungen von herkömmlicher und neuer Eigensinnigkeit fortdauernde Probleme: Es waren insbesondere Industriearbeiter im staatlichen Sektor, den VEBs, die darauf pochten, die „herrschende Klasse“ zu sein¹⁶. Zumal ihre „middle men“ – die Meister und andere Vorgesetzte in den Werkstätten – sahen sich zerrieben zwischen den Vorgaben der Pläne und ihren störrischen Untergebenen, die auf Anweisungen oder Belehrungen nur nach eigenem Gusto zu reagieren schienen. Diese Konfliktlinie verschärfte sich, als mehr und mehr „Kinder der DDR“ seit den späten sechziger Jahren berufstätig wurden. Zumal die Frauen und Männer der „ersten Stunde“ empfanden hier einen mentalen Bruch. Die „Jungen“ relativierten die Basisrechtfertigung für alle Eigensinnigkeit: die Orientierung auf gutes Arbeiten – „deutsche Qualitätsarbeit“. Und auch für die Älteren hieß das immer mehr: widrigsten Umständen „dennoch“ ein vorzeigbares und brauchbares Produkt abgetrotzt zu haben. Souveränes (Er-) Finden und Nutzen von Not- und Aushilfen nutzte jenen Eigensinn, der in gelungenen Produkten eigene Kompetenz wiedererkannte.

J. Kocka/H. Zwahr (Anm. 6), S. 144–170; Peter Hübner, Die Zukunft war gestern: Soziale und mentale Trends in der DDR-Industriearbeiterschaft, in: ebd., bes. S. 178–182; vor allem für die siebziger Jahre ders., Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970, Berlin 1995.

15 Zu den Abläufen vgl. Armin Mitter/Stefan Wolle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, Kap. I, sowie Manfred Hagen, Arbeiteraufstand und Volksbewegung: Der 17. Juni 1953, Berlin 1992².

16 Vgl. Peter Hübner, Syndikalistische Versündigungen? Versuche unabhängiger Interessenvertretung für die Industriearbeiterschaft der DDR um 1960, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, (1995), S. 100–117.

Die Beobachtung einer (teilweisen) Neu-Orientierung ist nicht allein Produkt nachträglicher Betrachtungen. In seiner (damals nicht akzeptierten) ökonomischen Dissertation plädierte Rudolf Bahro Mitte der siebziger Jahre für die Dringlichkeit eine „Anatomie des real existierenden Sozialismus“ (natürlich in ironischer Anlehnung an Marx' Projekt der Analyse der „Anatomie“ des „Kapitals“!)¹⁷. Dabei richtete sich sein besonderes Augenmerk auf die Beharrlichkeit der „alten Arbeitsteilung“, zugleich aber auch auf „bürokratische Hemmungen in der nichtkapitalistischen Industriegesellschaft“. Während Gewerkschafts- und Parteifunktionäre darin seit über 20 Jahren „noch nicht“ beseitigte „Überreste“ der alten Zeit bzw. des Kapitalismus sahen, leistete sich Bahro keinen solchen Vorgriff auf die erhoffte Zukunft. Zu konstatieren sei doch, daß das „Ziel der Individuen“ in der „bestehenden Gesellschaft der DDR“ sei, in der „Sphäre der Arbeit . . . möglichst wenig auszugeben und möglichst viel einzunehmen“. Eigene Anstrengung habe keinen Einfluß auf die Verteilung der Produkte bzw. der gesellschaftlichen Reichtümer. Vielmehr sei es politisch-administrativer Intervention bzw. „Partei und Regierung zu danken, wenn einmal die Proportion zugunsten der eigenen Gruppe berichtigt wird“.

Allerdings notierte Bahro nicht nur Verhaltensweisen und Mechanismen, die eine Art egoistische (oder familiale oder betriebsorientierte) Mentalität des Hortens ermunterten. Er verwies auch darauf, daß in der DDR-Gesellschaft die Arbeiter „eine größere Möglichkeit“ hätten, die „Gesamtgesellschaft“ zu erpressen. Das gelte in jedem Fall für die „Mehrzahl der qualifizierten Arbeiter, jedenfalls für die Männer unter ihnen“. Bahro wurde aber noch deutlicher und stellte auch die offiziellen Behauptungen über Zustand und Entwicklungstendenz der Gesellschaft in Frage. Er sprach von „entfremdeter Arbeit“ und fortdauernder Ausbeutung. Sie bediene sich freilich einer „komplizierten hemmenden Maskerade“. Im Unterschied zum Kapitalismus wage es „die Herrschaft (in der DDR) nicht mehr, sich selbst frei ins Gesicht zu blicken. Es ist gerade der beste Teil unserer ideologisch-moralischen Tradition, der sie erröten läßt.“¹⁸

Im Herbst 1989 war offenbar der Bruchpunkt erreicht: Die Losung war nun entweder: „Richtig Arbeiten“ und „gutes (West-)Geld“ – oder aber Verweigerung. Ab Oktober 1989 wurde daraus bei Industriearbeitern in wenigen Wochen eine mas-

17 Vgl. Rudolf Bahro, Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln – Frankfurt/M. 1977.

18 Ebd., S. 249.

sive Abkehr von der eigenen Vergangenheit, dem Arbeiten in der DDR¹⁹.

Undeutlicher ist die Signatur von *Frauen-Arbeit*. Erst in Umrissen zeigen sich die Physiognomien arbeitender Frauen²⁰. Das gilt vor allem für die Erwerbsarbeit. Das „Leitbild der berufstätigen Frau und Mutter“ spiegelt in seinen unterschiedlichen Prägungen die Widerstände bei Frauen selbst, vor allem aber bei Männern. Immerhin bedeuteten auch hier die späten sechziger und frühen siebziger Jahre eine Zäsur: Mehr und mehr war es selbstverständlich geworden, daß Frauen in der (agraren wie vor allem industriellen) Großproduktion tätig waren. Allerdings entsprach dem das beharrlich fortgeschriebene Rollenstereotyp der primär weiblichen Haus- und Familienarbeit. In der auch offiziell bald „Muttipolitik“ genannten Intensivierung von Betreuungsangeboten und sozialpolitischen Maßnahmen fand das Ausdruck und Bestätigung.

Der Leidensdruck dieser Mehrfacherwartung für viele Frauen – nun „Kinder der DDR“ – war immens, mit Folgen für skeptische Distanz gegenüber allem jenseits der unmittelbar-eigenen Sphäre. Immerhin aber war das Ideal der selbstbewußten und selbstbestimmten berufstätigen Frau und Mutter weit mehr der (westliche) Normalfall, als es weithin in der Bundesrepublik wahrgenommen wurde²¹.

3. „Kommt Zeit, kommt Rat“²²

Die Rekonstruktion sozial-kultureller Formen und Muster ist das Ziel der Arbeiten des (bereits zitier-

19 Vgl. dazu spiegelbildlich den Hinweis in den wöchentlichen „Argumentationen“ eines ZK-Vertreters für die Medien am 19. Oktober 1989, des „Gen. Geggel“: „... Egon [Krenz, A. L.] sprach gestern über die deutsche Wertarbeit. Jawohl, auch an der Ehre packen, deutsche Arbeiter haben immer gut gearbeitet. Über Schwierigkeiten berichten, den Prozeßcharakter betonen. Gegen Disziplinlosigkeit, Herzlosigkeit, Bürokratismus etc., aber das müssen die Arbeiter selbst sagen.“ Ulrich Bürger, Das sagen wir natürlich so nicht. Donnerstag-Argus bei Herrn Geggel, Berlin 1990, S. 228 f.

20 Vgl. Petra Clemens, Frauen helfen sich selbst: Die Betriebsfrauenausschüsse der fünfziger Jahre in kulturhistorischer Sicht, in: Jahrbuch für Volkskunde und Kulturgeschichte, 30 (1987), S. 107–142; dies., Les femmes de l'usine de drap. Contribution à l'histoire du travail féminin en RDA sur la base des rues biographiques, in: Annales HSS, 53 (1998), S. 69–89.

21 Vgl. Ina Merkel, Leitbilder und Lebensweisen von Frauen in der DDR, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Anm. 6), bes. S. 371 ff. und 379; vgl. auch Irene Runge, Ganz in Familie, Berlin (DDR) 1985.

22 Wolfgang Engler, Die zivilisatorische Lücke, Frankfurt/M. 1992, S. 131.

ten) Berliner Kultursoziologen Wolfgang Engler. Er geht aus von der Annahme, die Macht einer Elite, aber auch die Eindringtiefe herrschender Diskurse zeige sich nicht zuletzt in den Formen, in denen Menschen mit Zeit umgehen. Demnach seien die „Zeitverarbeitungsformen“ im Staatssozialismus zu erkunden. Dabei erweist sich die DDR als Sonderfall; denn nach Engler „drifteten frühzeitig mit den Sinn- auch die Zeithorizonte ... auseinander“²³.

Eine Kluft zwischen den Normen – über Zeitdeutung und -verwendung – und der tatsächlichen Praxis ist freilich alles andere als sensationell²⁴. Wichtiger ist aber, daß Engler dennoch zweierlei in den Blick nimmt. Zum einen ignoriert seine Frage die Systemgrenzen. Denn zumindest implizit bezieht er sich auf Konzepte und Erfahrungen von „Beschleunigung“ in der Neuzeit, die weder an relativ kurze Zeitphasen noch an politische Regimes gebunden sind²⁵. Vor allem aber ist damit die Alltagspraxis ins Zentrum gerückt: Im Zentrum steht nicht mehr ein Systemprofil, sondern das Verhalten der historischen Akteure.

Das Pathos der eigenen Legitimierung gründete bereits in der SBZ in dem Anspruch, eine „neue Zeit“ und ihren schnellen Fortschritt zu repräsentieren. Damit wurde zwar eine Figur aufgenommen, die das Selbstverständnis der revolutionären Bolschewiki nach 1917 gekennzeichnet hatte²⁶ – die aber auch Grundmoment der sozialistischen Internationale bzw. der nationalen „linken“ politischen Organisationen gewesen war. Überdies blieben Fragen der alltäglichen Zeitverwendung, zumal intensive Ansätze zur Zeitkontrolle, ein Dauerthema, in allen Ländern des „realen Sozialismus“²⁷.

Das „zeitliche Machtdispositiv der Regierenden“ sei in drei „Kalendern“ formuliert und eingefor-

23 Ebd., S. 127.

24 Vgl. für den industriellen Kapitalismus Alf Lüttke, Arbeitsbeginn, Arbeitspausen, Arbeitsende – Skizzen zu Bedürfnisbefriedigung und Industriearbeit im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: ders. (Anm. 12), S. 85–119.

25 Vgl. Reinhart Koselleck, *Historia Magistra Vitae*. Über die Auflösung des Topos im Horizont neuzeitlich bewegter Geschichte, in: ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt/M. 1984³, bes. S. 63–66; vgl. auch Paul Virilio, *Geschwindigkeit und Politik*, Berlin 1980; ders., *Revolutionen der Geschwindigkeit*, Berlin 1993.

26 Vgl. dazu Stefan Plaggenborg, *Revolutionskultur. Menschenbilder und kulturelle Praxis in Sowjetrußland zwischen Oktoberrevolution und Stalinismus*, Köln u. a. 1996, S. 348–352.

27 Vgl. *Freizeit als Lebensraum arbeitender Menschen im Sozialismus*, hrsg. vom Wissenschaftsbereich Kultur der Humboldt-Universität, Berlin/DDR 1987 (Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung, Nr. 22), Teil II.

dert worden: dem „Metakalender“, dem „Heldenkalender“ und dem „Aufsichtskalender“. Der „Metakalender“ habe „über den Zeiten“ gestanden. Er unterschied zwischen „Vorgeschichte“ und Jetzt-Zeit als „neuer Zeit“ (dabei waren Ungleichzeitigkeiten zwar nicht zu bestreiten, aber nicht akzeptabel, eigentlich ein „Anachronismus“). Der „Heldenkalender“ setzte diese Teleologie in konkrete Praxis um, suchte zu regulieren, gab tägliche, wöchentliche und jährliche Orientierungen heraus. Zugleich bot er Möglichkeiten, die Alltage der vielen mit den Repräsentationsbedürfnissen und Kontrollinteressen der Herrschenden zu verzahnen. Ergebnis sei ein Dauerlauf von Jubiläen, Jahres- und Parteitagen und – darauf bezogenen – „Verpflichtungen“ gewesen. Letzteren konnten sich offenbar weder soziale Gruppen noch Institutionen oder Individuen dauerhaft entziehen.

Die Pointe der Überlegung ist, daß sich die „eigenen“ Zeitrhythmen – die einzelne entwickelten oder durchhielten – derartigen Vorgaben gar nicht oder nur punktuell fügten. Mehr noch: Daraus entwickelten sich „Zeitbündnisse der Beherrschten“, d. h. von Arbeitskollektiven oder Gruppen in der Nachbarschaft.

Ebenso wichtig ist aber, daß die vielfachen Praktiken des Sich-Zeit-Nehmens und Erfahrungen des Zeit-Habens kaum je als direkte Widersetzlichkeit oder gar als Widerständigkeit gemeint waren. Vielmehr reflektierten sie die alltägliche Misere. In der Produktion waren das die ebenso fortwährenden wie unkalkulierbaren Stockungen von Ersatzteil- oder Rohmaterialien-Lieferungen. Bei der Versorgung, jenseits der Befriedigung der dringlichsten Grundbedürfnisse, dasselbe Bild: erratische (Nicht-)Belieferung z. B. mit Südfrüchten oder Kinderkleidung – kurz mit Konsumgütern des täglichen wie des längerfristigen Bedarfs²⁸.

4. Lebensläufe, Generationen und „Shifting Involvements“

Die „Struktur“ von Herrschaft, der Zuschnitt von Institutionen, das Maß an Arbeitsproduktivität – welche Kriterien auch immer erfragt oder benutzt

28 Zu einer der Formen, sich damit in „Eingaben“ auseinanderzusetzen, d. h. auch konkrete Fälle höchst konkret zu schildern, vgl. Ina Merkel, „... in Hoyerswerda leben jedenfalls keine so kleine viereckigen Menschen“. Briefe an das Fernsehen der DDR, in: Alf Lütke/Peter Becker (Hrsg.), Akten, Eingaben, Schaufenster: Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin 1997, S. 259–310.

werden, um gesellschaftliche Konstellationen und historische Prozesse zu rekonstruieren – die Menschen erscheinen erst in zweiter Linie. Alltagsgeschichte konzentriert sich aber gerade auf das konkrete Leben der Menschen. Die Themen sind: Wahrnehmungen und Verhalten der Individuen in ihren sozialen Kontexten. Nur auf Fotos oder in Statistiken erscheinen Menschen „gefroren“; historische Prozesse haben aber entscheidend mit dem „Vorher“ und „Nachher“, den Potentialen und den Konsequenzen zu tun. Fragen nach Lebensläufen sind hier ebenso dringlich wie weiterführend.

Albert O. Hirschman, Sozialwissenschaftler in Princeton, ist mit seiner These über „Exit and Voice“, oder zugespitzt in der deutschen Fassung: „Abwanderung und Widerspruch“, schon kurz nach dem Zusammenbruch der DDR zitiert worden. 1992 hat er selbst dazu Stellung genommen. Die massenhafte Veränderung von „trägen“ zu „regen Bürgern“ im Sommer und Herbst 1989 verweise auf eine intensive Wechselwirkung von „Abwanderung und Widerspruch“²⁹. Die Massenhaftigkeit einer Absetzbewegung, die zunächst als eine private, als eine möglichst heimliche gedacht war, führte bei anderen in der DDR zu einer Reaktion der Verbitterung und des Trotzes: „Wir bleiben hier!“, bald auch: „Wir sind das Volk!“ Hirschman weist darauf hin, daß es sich dabei vor allem um die 45- bis 55jährigen gehandelt habe, d. h. jene Alters- und Erfahrungsgruppe, für die die DDR zugleich ihr Leben geworden war. Sie hätten angesichts derart massierter „Abwanderung“ Angst gehabt – zitiert er einen Leipziger Augenzeugen –, die eigenen Kinder könnten ihnen am nächsten Tag aus Prag oder Warschau im Fernsehen zuwinken. Entscheidend sei, so Hirschman, daß sich in diesem Fall „Exit“ und „Voice“ wechselseitig verstärkt hätten.

An dieser These sind drei Aspekte interessant. *Erstens* ist es der Versuch einer analytischen Verständigung über Geschichte und Dynamik der DDR als Herrschafts- wie Gesellschaftszusammenhang. Dabei wird – *zweitens* – zwischen „Jüngeren“ und „Älteren“ unterschieden: Die Frage nach „Generationen“ ist also Teil der Problematik bzw. Teil der Analyse. *Drittens* sind nichtlineare Verläufe Hirschmans Thema, zugleich die Gleichzeitigkeit scheinbar einander ausschließender Verhaltensweisen.

29 Albert O. Hirschman, Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik, in: Leviathan, 20 (1992), S. 330–358.

II. Stabilität und ihre Grenzen: Schweisen, Gefühle, Praxen

1. Die fremden Nachbarn

Die bereits skizzierten Perspektiven variieren eine Grundfrage: Was bestimmte und ermöglichte die Dauerhaftigkeit, aber auch den Zusammenbruch der DDR? Es überwiegen Zugänge, in denen politische Setzungen oder die Durchschlagskraft von „systemischen Bedingungen“ im Zentrum stehen. Im folgenden soll demgegenüber die Sicht „von innen“ betont werden. Wie wurde Stabilität, wie wurden Veränderung und Bruch in den Wahrnehmungen der DDR-Bürgerinnen und -Bürger konstruiert?

Ein generelles Bild zu zeichnen ist unmöglich. In jedem Fall waren die Selbstwahrnehmungen in der DDR immer auch verknüpft mit den Bildern vom Westen – aber auch mit den Bildern der DDR, die im Westen über die DDR im Umlauf schienen. In der städtischen Industriearbeiterschaft ist ein Gefühl eines allmählichen DDR-spezifischen Aufschwungs, mitunter von Dynamik, seit den späten fünfziger Jahren zu erkennen³⁰. In anderen Gruppen und Milieus zeigten sich solche Sichtweisen wohl erst nach dem Mauerbau 1961. Der Schock dieser Abschließung mündete zumal für Intellektuelle, für Menschen, die im Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturbetrieb beschäftigt waren, nicht selten in die Erleichterung, nun sei die DDR von der alltäglichen Konkurrenz mit „dem Westen“ entlastet. Damit würden Spielräume für polizeiliche wie ideologische Entkrampfung im Innern gewonnen.

Auch wenn „der „Westen“ mit der Mauer gleichsam ein für allemal auf Distanz gerückt schien, waren damit die Wechselbeziehungen der Selbst- und Fremddeutungen nicht hinfällig. In der Arena öffentlicher Politik reichte das von einer umstrittenen und gerade deshalb „gemeinsamen“ Nationalgeschichte bis 1945 (oder auch 1948/49) über die aktuelle, medial angefeuerte Rivalität der „Systeme“, die auf beiden Seiten über lange Jahre hinweg mit Wiedervereinigungsvisionen verbunden blieb. In individuellen Lebensläufen kontrastierten Erfahrungen des Vertrautseins über die Grenze hinweg mit solchen, die schroffe Distanz oder – mehr noch – massive Gleichgültigkeit zeig-

ten. Immerhin waren in der DDR prahlerisch-neureiche „West-Verwandte“ sprichwörtlich. Angesichts des seit Generationen vertrauten West-Ost-Gefälles bei Erwerbsformen und -chancen³¹ sowie der parallel unterschiedlichen Lebensweisen und regionalen Mentalitäten bedeutete Distanz zwischen den Bewohnern beider Staaten freilich alles andere als etwas „Neues“. Diese Distanz war keineswegs nur Produkt des Kalten Krieges.

„Im Osten“, weit weniger hingegen im Westen, blieb die jeweils „andere“ Gesellschaft präsent, insbesondere in den Medien Radio und Fernsehen. In der DDR kamen die illegal von Rentnern – die vor wie nach dem Mauerbau von 1961 reiseberechtigt waren – mitgebrachten Versandhauskataloge („Quelle“, „Otto-Versand“) und Zeitschriften, vom Modemagazin („Brigitte“) über das Autojournal („Auto, Motor, Sport“) bis zur Fußballzeitschrift („Kicker“), hinzu. Insbesondere das weite Feld des alltäglichen wie des feiertäglichen Konsums wurde Schauplatz realer wie imaginärer „Hahnenkämpfe“³² darüber, was Eigenes sei, und worin sich das Andere zeige. Direkte Kontakte blieben zwar überaus mühsam (und teuer), wer keine „Westverwandtschaft“ hatte, war davon bereits in den fünfziger Jahren, in jedem Fall nach dem Mauerbau fast abgeschnitten. Verwandtenbesuche wurden jedoch im Zuge der neuen Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel ab 1969, d. h. seit dem „Grundlagenvertrag“ zwischen der Bundesrepublik und der DDR 1972, in allmählich steigendem Maße wieder zugelassen³³.

Aber die Konfiguration der Schweisen, Stereotypen und Gefühle³⁴, die Nähe und Distanz prägten und deuteten, ist damit noch nicht ausgeschöpft. Denn bei aller Schärfe der Kalte-Kriegs-Propaganda³⁵, deren Betreiber nur zu häufig faktisch

31 Vgl. M. Rainer Lepsius, *Parteiensystem . . .*, in: Wilhelm Abel u. a. (Hrsg.), *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift für Friedrich Lütge*, Stuttgart 1966, S. 371–393.

32 In der Tat ist Clifford Geertz' Ansatz hier sinnvoll, handelt es sich doch um die Wirklichkeit und „Härte“ symbolischer Orientierungen und Praktiken, die sich um zentrale Zeichen drehen (in der DDR z. B. um Cola- oder Nivea-Dosen), vgl. Clifford Geertz, „Deep play“: Notes on the Balinese Cockfight, in: *Daedalus*, 101 (1972), S. 1–37.

33 Passierscheinregelungen für Westberliner 1972; weitere Reiseregeln 1974, vgl. Peter Christian Ludz, *DDR Handbuch*, Köln 1975, S. 119 ff.

34 Vgl. dazu Lutz Niethammer, *Bürgerliche Wechseljahre – zur Konjunktur erinnerter Gefühle einer Klasse*, in: ders. u. a., *Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland*, Frankfurt/M. 1990, S. 533–547.

35 Vgl. Winfried Ranke (Hrsg.), *Deutschland im Kalten Krieg 1945–1963. Ausstellungskatalog*, Berlin 1992; Dieter Vorsteher (Hrsg.), *Parteiauftrag: ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR*, München 1997.

30 Vgl. dazu die Hinweise zum staatlichen Sektor, den VEBs, die sich allerdings nur nach Branchen unterscheiden, in: Wolfgang Mühlfriedel/Klaus Wießner, *Die Geschichte der Industrie der DDR*, Berlin 1989, Kap. 7.

kooperierten und sich wechselseitig aufschaukelten, blieben bestimmte Orientierungen davon unberührt. Euphorie über die Fußball-Weltmeisterschaft der bundesdeutschen Mannschaft im Sommer 1954 herrschte im Westen³⁶, aber keineswegs nur dort; Befriedigung und auch Stolz über den Sputnik-Start im Oktober 1957 war hingegen wohl nur in der DDR zu verzeichnen (aber bei wem mehr, wo weniger?). Getrennte Mannschaften bei internationalen Sportereignissen nach 1960 erleichtern gewiß das Verteilen von Sympathien. Aber war immer ausgemacht, wer die „eigenen“ Leute waren – bei den Auftritten der Mannschaften aus der DDR und der Bundesrepublik im Rahmen der Olympischen Spiele in München 1972 oder der Fußball-Weltmeisterschaft in der alten Bundesrepublik 1974? Zugleich greift es zu kurz, die exzeptionellen Serien olympischer und anderer Goldmedaillen für die Sportlerinnen und Sportler der DDR nur als „Ersatzbefriedigung“ zu werten.

Sportliche Triumphe waren keine Alternative zu jenem Sekuritäs- und Erfolgsstreben der vielen³⁷, das nach Produkten³⁸, nach klingender bzw. harter Münze, freilich auch der Abwesenheit polizeilich-administrativer Schikanen drängte.

2. Wandel der Bedürfnisse und „neuer Mensch“

In den späten fünfziger Jahren war zumindest die Mangelsituation der unmittelbaren Nachkriegszeit überwunden³⁹. Diese innere Entwicklung und zugleich die Systemkonkurrenz bzw. die Präsenz des „anderen“ deutschen Staates über Medien und Verwandtenbesuche verstärkten – mitunter drängende – Anfragen nach einer „bunteren Lebensweise“⁴⁰. So wenig darüber empirisch von Soziologen oder Kulturwissenschaftlern geforscht wurde, so sehr entfalteten sich literarische und künstlerische, aber auch ideologisch-programmatische Ver-

suche, diese Veränderungen zu bearbeiten und zu steuern.

Vorstellungen vom „neuen Menschen“, wie sie ab 1958 entwickelt wurden, blieben eher den Zirkeln von Parteiideologen und ihnen direkt verbundenen Akademikern vorbehalten. Erneut war die Rede von jener „kulturvollen“ und „gebildeten“ Gesellschaft, wie sie um die Jahrhundertwende die Perspektiven der deutschen Sozialdemokratie bestimmt hatte. Allerdings reichte zumindest die Programmatik weiter: Sie knüpfte auch an jene frühsozialistischen Forderungen an, die eine Verbindung von Hand- und Kopfarbeit angestrebt hatten. Die 1958/59 verstärkte Betonung des Betriebes, der Erwerbsarbeit und nicht zuletzt der Arbeitskollektive bzw. Arbeitsbrigaden als Kultur- und Lebenszusammenhänge weist in diese Richtung⁴¹. Das Programm einer „sozialistischen Arbeitskultur“⁴² von 1979 war der letzte Schritt in dieser Kette konzeptueller Überlegungen. Allerdings bedeutete bereits der Wechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker deren Scheitern⁴³.

Seit den siebziger Jahren wurde die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, d. h. der Vorrang des meßbaren „Lebensstandards“, erneut zum Credo von politischer Führung und Funktionseliten in der DDR. Mit dem Siebenjahrplan von 1958 hatte die Führung unter Ulbricht bereits ein erstes Mal diese Wendung versucht. Allerdings hatte in den späten fünfziger Jahren die ökonomische Verbesserung primär die Aktionsfähigkeit nach außen und im internationalen Klassenkampf verbessern sollen. Im Unterschied dazu wurde seit 1971 der wirtschaftliche bzw. der sozialpolitische Erfolg in der DDR selbst zum politischen Ziel. Damit aber wurde, so scheint es, nur nachgeholt, was bei den vielen jenseits der „Kommandohöhen“ von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft die durchgehende Orientierung gewesen oder geblieben war: Hier wurde das „Deutsche“ in der Bezeichnung des Staates wörtlich verstanden. Dem entsprach die ausschließliche Konzentration auf individuelle „Qualifizierung“ und sozialen Rang (nebst Ein-

36 Vgl. Arthur Heinrich, *Tor! Toor! Tooor! 40 Jahre 3:2 oder: Die Gründung der Bundesrepublik im Wankdorf-Stadion zu Bern*, Hamburg 1994; Alfred Georg Frei, *Finale Grande. Die Rückkehr der Fußballweltmeister 1954*, Berlin 1994.

37 Vgl. Hans Braun, *Das Streben nach „Sicherheit“ in den 50er Jahren*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 28 (1978), S. 279–306.

38 Vgl. dazu die Erkundungen der Konsumwelt um und nach 1960 in: *Wunderwirtschaft DDR. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren*, hrsg. von der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst, Red. Annette Kaminsky u. a., Köln 1996.

39 Die letzten Rationierungen bzw. Lebensmittelkarten wurden im Mai 1958 aufgehoben.

40 Dazu ausführlicher Dietrich Mühlberg, *Die DDR als Gegenstand kulturhistorischer Forschung*, in: *Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung (MKF)*, 16 (1993) 30, S. 42 f.

41 Vgl. Jörg Roesler, *Die Produktionsbrigaden in der Industrie der DDR. Zentrum der Arbeitswelt?*, in: Hartmut Kaelble/J. Kocka, H. Zwahr (Anm. 6), S. 144–170; Peter Hübner, *„Sozialistischer Fordismus“? Oder: Unerwartete Ergebnisse eines Kopiervorganges. Zur Geschichte der Produktionsbrigaden in der DDR*, in: Alf Lüdtke/Inge Marbolek/Adelheid von Saldern (Hrsg.), *Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 1996, S. 96–115.

42 Vgl. dazu Winfried Schubert/Rudolf Woderich, *Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Arbeitskultur*, Berlin 1983.

43 Vgl. D. Mühlberg (Anm. 40), S. 44.

kommen) im Arbeitsprozeß bei den – nach wie vor wenigen – empirischen Erkundungsversuchen in die eigene Gesellschaft. Die Sicherung der „Grundbedürfnisse“ erschien als politisch-historische Großtat – die propagandistische ebenso wie akademische Bestätigung verlangte⁴⁴.

3. Distanz – Zustimmung – Distanz?

Ein Transmissionsriemen für Kritik wie Zustimmung, generell für Ansichten über die eigene Lebenswirklichkeit, aber auch für die Zukunftsperspektiven der Bevölkerung waren „Informationsberichte“⁴⁵. Sie wurden von „unten nach oben“ geschrieben bzw. akkumuliert: Die SED-Betriebsparteiorganisation (BPO) informierte die Kreisleitung der SED; diese wertete den Bericht zahlreicher BPOs aus und meldete weiter bzw. schrieb ihre Berichte mit Hilfe der Texte, die sie erhalten hatte. Mary Fulbrook beobachtet bei dieser Berichterstattung über „Stimmungen und Meinungen“ in der Bevölkerung bemerkenswerte Veränderungen. In den fünfziger Jahren seien die Berichte von einem starken Bemühen um Genauigkeit geprägt gewesen. Im Rahmen grundsätzlicher Zustimmung zur DDR waren sich offenbar Berichterstatter und Leser, d. h. Partei- und Staatsfunktionäre der mittleren und höheren Ebenen, darüber einig, daß die einen wie die anderen „unbedingt wissen wollte(n), was wirklich los war: wie die Leute dachten, was sie machten, wo der ‚Klassenfeind‘ zu finden und zu schlagen war“⁴⁶.

Seit den sechziger, mehr aber noch in den siebziger und achtziger Jahren wurden diese Texte immer nichtssagender. Erst ab Mitte der achtziger Jahre finden sich wieder vermehrt Hinweise auf „Kritisches“. Fulbrooks These ist zunächst plausibel: Darin spiegelte sich für die Jahre ab 1960/61 ein besseres Funktionieren des „politischen

Systems“. Allerdings verschiebt sich damit die Frage nur. Denn es bleibt offen, ob das eher auf verbesserte Kontrolle oder auf ein „angepaßteres“ Verhalten der Kontrollierten zurückzuführen war. Auch dort, wo in derartigen Texten im Zweifel Faktizität den Vorrang haben sollte, schienen zahllose „Fiktionen“ gegenüber Vorgesetzten erforderlich, um im Gegenzug z. B. ein Mindestmaß an ökonomischer Produktion und Produktivität zu sichern⁴⁷. Das galt vermehrt gegenüber den Kreis- oder Bezirksleitungen bzw. den ZK-Abteilungen der SED. Dabei sind die zahllosen Hinweise darauf, daß viele Adressaten diese „Fiktionen“ durchschauten⁴⁸, kein Beleg dafür, daß diese nicht mit „vollem Ernst“ und großem Aufwand produziert wurden. Vor allem waren sie folgenreich: Nach 1985 spiegelte die Abwehr des SED-Politbüros, die DDR „neu zu tapezieren“ bzw. dem Vorbild Gorbatschows zu folgen, nicht nur den Starsinn der Oberen. Hier wurde auch das ganze Ausmaß der „Fiktionen“ sichtbar, die man mitproduziert hatte – denen man selbst tagtäglich als „Realität“ in internen Berichten wie in Mediendarstellungen begegnete⁴⁹.

Insofern sind auch die Veränderungen seit Mitte der achtziger Jahre schwer zu interpretieren. Wandelte sich die Rhetorik der Fiktionen – oder veränderten sich die Interessen und Projektionen von Berichterstattern (die nun tatsächlich „von der Sowjetunion siegen lernen“ wollten, d. h. Perestrojka auch in der DDR anzustoßen suchten)? Zeigte sich hier gar die Spitze eines breiteren Oppositions-(Eis-)Berges? Oder gab es eine Spiralbewegung: Opposition von außen im Wechselspiel mit Reformkräften im Innern der Apparate?

Das heißt zugleich, daß vermehrtes Mitmachen oder doch Hinnehmen, wie es sich gegen Ende der fünfziger Jahre, spätestens ab 1961 beobachten läßt, keineswegs als Beleg zunehmend „erfolgreicher“ Herrschaft gelten kann. Gerade das Material der Kontroll- und Repressions„organe“⁵⁰

44 Vgl. Gunnar Winkler (Hrsg.), *Geschichte der Sozialpolitik der DDR 1945–1985*, Berlin 1989. Ansätze einer strukturalistisch-makrosoziologischen Gesellschaftsgeschichte finden sich in den Arbeiten des Soziologen Gottfried Dittich, *Problem einer Sozialgeschichte der Arbeiterklasse der DDR (1945–1985)*, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift. GW, Karl-Marx-Universität Leipzig*, 38 (1989), S. 465–556. Vgl. auch Jörg Roesler/Veronika Siedt/Michael Elle, *Wirtschaftswachstum in der Industrie der DDR 1945–1970*, Berlin 1986; Wolfgang Mühlfriedel/Klaus Wießner, *Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965*, Berlin 1989.

45 Lutz Niethammer/Alexander von Plato/Dorothee Wierling, *Die Volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR*, Berlin 1991, S. 10. Vgl. auch I. Merkel (Anm. 28), S. 279–310.

46 Mary Fulbrook, *Zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR*, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hrsg.), *Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*, Göttingen 1996, S. 279.

47 Vgl. die Beiträge in: A. Lüdtke/P. Becker (Anm. 28); besonders Burghard Ciesla, *Hinter den Zahlen. Zur Wirtschaftsstatistik und Wirtschaftsberichterstattung in der DDR*, in: ebd., S. 39–55.

48 Vgl. Landolf Scherzer, *Der Erste. Eine Reportage aus der DDR*, Köln 1989 (Rudolstadt 1988) – ein Dokumentarbericht über die teilnehmende Beobachtung des Verfassers am Alltag eines 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung Rudolstadt/Thüringen.

49 Vgl. R. Bessel/R. Jessen (Anm. 46), S. 15.

50 „Organ“ war ein inflationärer DDR-Ausdruck für Institutionen oder Personen des Herrschaftsapparates. Das Wort schien wohl tauglich, „organische“ Verbundenheit mit den „werkstätigen Massen“ oder dem „Volk der DDR“ zu beglaubigen.

macht (ungeachtet aller Übersteigerung von Bedrohungs Vorstellungen bei ihren Akteuren) die Grenzen deutlich, an welche die Herrschenden immer wieder stießen. Nicht wenige der Ausgespähnten berichten jetzt, daß in den Stasi-Akten beeindruckende Fälle von Verweigerung bei Anwerbungsversuchen dokumentiert sind⁵¹. Aber auch jenseits direkten Widerstehens war das Verhalten der vielen keineswegs nur von „Anpassung“ und Gehorsam geprägt. Die Herrschenden und die, die sie ermunterten oder stützten, die zuarbeiteten und mitmachten, hatten nie „alles im Griff“. Die Intensivierung der „Stasi“-Ausforschung seit den siebziger Jahren ist ein Indiz für die schließlich paranoide Furcht des Politbüros und seiner Mittäter (und Mittäterinnen) vor dem eigenen Volk⁵².

Die vermehrten Kontrollanstrengungen reflektierten die Zunahme von offener Distanzierung, von Kritik und „Meckerei“ bei den „Massen“ – jedenfalls aus der Sicht der Herrschenden und ihrer „Organe“. Diese Anstrengungen trafen aber auch auf Resonanz bei potentiellen Kollaborateurinnen und Kollaborateuren. Bei einem jährlichen Umschlag von ca. zehn Prozent wurden seit Mitte der achtziger Jahre annähernd 170 000 Personen (ganz überwiegend Männer) im Jahresdurchschnitt als „Informelle Mitarbeiter“ in den Karteien der Stasi geführt⁵³. Spektrum der Motive wie Intensität der Kooperation waren fraglos breit gefächert. Bei einzelnen gehörte auch dazu, daß Sehnsucht nach „Geborgenheit“ optimal von den Führungsoffizieren der Stasi verkörpert wurde⁵⁴.

51 Vgl. Klaus Schlesinger, Diskussionsveranstaltung der Ostberliner Geschichtswerkstatt zur Öffnung der Stasi-Akten, 27. Januar 1993; aufgrund von zugespieltem Material bereits vor der Öffnung der Akten: Erich Loest, Der Zorn des Schafes, Leipzig 1990.

52 Vgl. besonders Helmut Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit: Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 1996, S. 37 ff.; Siegfried Suckut (Hrsg.), Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, Berlin 1996.

53 Offenbar wurde in manchen Fällen zwar „abgeschöpft“; ob damit aber auch eine erklärte Mitarbeit dieser Person verbunden war, ist unklar. Es wird heute von Betroffenen zumindest bestritten, z. B. im Falle des damaligen Kirchenjuristen Manfred Stolpe oder des damaligen Rechtsanwalts Gregor Gysi.

54 Dazu die Gespräche und Aufzeichnungen einer ehemaligen IM, die als IM bis in den Sommer 1989 in der Friedensbewegung höchst aktiv gewesen war, dann aber dort enttarnt wurde: Irena Kuckutz/Katja Havemann, Geschützte Quelle. Gespräche mit Monika H. alias Karin Lenz, Berlin 1990, S. 143 ff.; vgl. andererseits den Bericht von Günter de Bruyn, der Widerwillen, aber auch eigenes „Versagen“ registriert, vor dem Hintergrund des Motivs, „nicht pflicht-

4. „Durchherrschte Gesellschaft“ – oder eigensinnige Aneignung?

Große Zustimmung findet die These, die DDR sei als „politische Gesellschaft“ zu begreifen. In der Lesart von Paul Erker: Soziale Prozesse in der DDR seien hochgradig politisch determiniert gewesen. Herrschaft und soziale Beziehungen bzw. sozialer Wandel ließen sich nicht voneinander isolieren. Nicht nach politischen Folgen sozialer Prozesse, sondern nach deren politischen Voraussetzungen sei zu fragen⁵⁵. Einen Schritt weiter geht der Versuch, die DDR als „durchherrschte Gesellschaft“ zu verstehen⁵⁶.

Der Terminus ist freilich mißverständlich. Die Wortverbindung signalisiert so etwas wie ‚Erfolg‘, als habe Herrschaft die Gesellschaft durchdrungen – wie Sauerteig den gesamten Brotteig. Gemeint war es anders. Der Akzent lag auf der Relation. Alltage in der DDR zeigten sich *relativ* stärker auf Herrschaft bezogen als Alltage in solchen industrialisierten (und bürokratisierten) Gesellschaften, die – bei allen Einschränkungen – Medienöffentlichkeit sowie judikative und parlamentarische „checks and balances“ für Regierende und Bürokratien kannten. Nicht die formalen Elemente sozialen und politischen Verhaltens (Recht auf freie Meinungsäußerung und Koalition, Gewaltentrennung etc.) sollten im Vordergrund stehen. Vielmehr sollte die Aufmerksamkeit dem gesamten Spektrum offener wie diskreter Aktionen und Interaktionen in und „aus“ der Gesellschaft gelten. Für die DDR ist nicht der Erfolg der Herrschaftsstrategien auffällig, sondern das Ausmaß, in dem auf sie Bezug genommen wurde.

Zentral sind „Innenseiten“ sozialer Praktiken. Das heißt zugleich, die Interaktionen der Individuen und Gruppen zu erschließen: ihre Materialität wie ihre Symbolhaltigkeit in ihren Verknüpfungen zu zeigen. Nicht nur die Ein- und Zugriffe der staatlichen „Organe“ bzw. die Erwartung ihres Auftretens erzeugen Verhalten, das sich als Konformität deuten läßt. Genauso wichtig sind die kleinen oder großen *face to face*-Gesten und -Taten, in denen

vergessen... sein“ zu wollen: ders., Vierzig Jahre. Ein Lebensbericht, Frankfurt/M. 1996, S. 190–202.

55 Vgl. Paul Erker, Zeitgeschichte als Sozialgeschichte. Forschungsgegenstand und Forschungsdefizite, in: Geschichte und Gesellschaft, 19 (1993), S. 202–238; Hans Günther Hockerts, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/93, S. 3–19; Christoph Kleßmann/Martin Sabrow, Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/96, S. 3–14.

56 Zuerst in der Einleitung meines Beitrages zu H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Anm. 6), S. 188.

alle je für sich, aber auch mit anderen ihren Alltag fortwährend neu produzieren⁵⁷. Dabei ist jeder und jede immer wieder „für sich“ – und ist zugleich im Austausch (oder Konflikt) mit anderen, an den Arbeitsplätzen, auf der Straße oder im Kaufladen, im Bus, der Straßenbahn, „auf dem Amt“. Die Sinnhaftigkeit solcher Begegnungen und Kontakte, das Erreichen dieses Produktionszieles oder jene gelungene Feier in der „Laube“ oder „Datsche“: die Rhythmen, in denen „kleines Glück“ ermöglicht und erfahren wurde, bedeuteten keineswegs nur Distanz gegenüber politischen und anderen Anforderungen. Dieser „Eigensinn“ hatte eine ironische Kehrseite. Je intensiver er wurde, desto mehr ermöglichte er das Mitmachen „beim nächsten Mal“, d. h. Konformität.

Alleinige Deutungsmacht war Ziel der SED⁵⁸. Aber weder offene und verdeckte Kontrollen noch zahllose, nicht selten gewaltsame Interventionen schafften flächendeckend „Ruhe im Land“. Allerdings bleibt die Frage, wofür massenhafte, weithin stumme Distanzierung steht. Was bedeutete vielfältiger, mitunter auch lautstarker Eigensinn, der sich bei genauer Inspektion zumal an Arbeitsplätzen erkennen läßt? Was zeigt sich in momentaner Widersetzlichkeit, die gelegentlich sehr beharrlich werden konnte⁵⁹? Zu prüfen wäre überdies, in welchem Maße innerhalb der staatlichen „Organe“, aber auch im Innern der „führenden Kraft“, der SED, Spielräume genutzt oder entwickelt wurden – für Definitionsmacht und Eigensinn der Angehörigen oder Funktionäre⁶⁰. In jedem Fall ist es die Sicht aus dem Nachhinein, wenn die „innere Spannung der DDR-Geschichte“ auf einen eindimensionalen Gegensatz reduziert wird – zwischen „immer wieder auflebenden Hoffnungen auf innere Erneuerung und deren brutaler Niederhaltung“⁶¹. Weder die Einheitlichkeit dieser „Hoff-

nungen“ scheint plausibel – noch die Annahme, daß es nicht partiell, vor allem auch anhaltende Zustimmung gab⁶². Das konnte von (zumal) „jugendlichem“ Enthusiasmus bis zur Vorliebe für Das-nun-mal-Bekannte gehen, bei der Betrieb oder Arbeitsbrigade, Nachbarn und Freunde auf eigene Weise erlebt, genutzt und genossen wurden.

Eindimensionale Sicht verstellt den Blick: Nicht das „Entweder – Oder“ von Anpassung oder Widersetzlichkeit, sondern die *Gleichzeitigkeit* beider ist entscheidend. Verknüpft waren sie im Eigensinn und jener „wilde(n) Logik“ des praktischen Sinns“, deren Reichweite und Dynamik Wolfgang Engler betont. Das Fehlen, zumindest aber die Blockierung einer marktbezogenen „Individualisierung“ dürfe nicht mißverstanden werden: In der DDR sei „Individualisierung“ sehr wohl fundamental gewesen, aber anders, gleichsam „in den Farben der DDR“. Oder: „Verhältnisse“ und „Beziehungen“ wurden auf die „Persönlichkeit . . . reduziert“⁶³.

Eine solche *Privatisierung des Politischen* war in ihren Folgen sehr wohl politisch. Sie ermöglichte zweierlei. Erstens: von „oben“ ein Kalkulieren mit den „Nischen“; sie ließen sich durch Stillstellen („Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“; „Muttipolitik“!) instrumentalisieren. Möglich wurde oder war die *Politisierung des Privaten* von „oben her“, ein Stillstellen der „Nischen“, zumindest über lange Zeit. Zweitens: Von „innen“ konnte das ganz anders erfahren und angeeignet werden: In den Ausweichbewegungen, Rückzügen und Abkapselungen wurden Deutungen des eigenen Verhaltens möglich, bei denen die Intensität des „Eigen-Sinns“ – die Politik der Individuen – im Zentrum stand.

5. Legitimitätsglauben oder Loyalität: akademische Fiktionen?

Was wäre, wenn sich die Selbstverständlichkeit, mit der politisch Aktive wie Wissenschaftler annehmen, Herrschaft erfordere „Geltungsglauben“⁶⁴

57 Vgl. dazu Arbeiten von Erving Goffman sollte deutlich sein, vgl. ders., *Relations in Public. Microstudies of the Public Order*, New York 1971.

58 Vgl. Klaus Schroeder (Hrsg.), *Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen*, Berlin 1994; ferner die Beiträge von Karl Wilhelm Fricke und Karl Heinz Blaschke in: Alexander Fischer (Hrsg.), *Studien zur Geschichte der SBZ-DDR*, Berlin 1993.

59 Dazu bedürfte es biographischer Rekonstruktionen – für die insbesondere in der erzählenden Literatur manches Material gesammelt bzw. präsentiert wurde, vgl. Christa Wolf, *Der geteilte Himmel*, Halle 1965; Volker Braun, *Unvollendete Geschichte*, in: *Sinn und Form*, (1977).

60 Zur (Literatur-)Zensur vgl. Simone Barck/Martina Langermann/Siegfried Lokatis, *Jedes Buch ein Abenteuer. Zensur-System und literarische Öffentlichkeit in der DDR bis Ende der sechziger Jahre*, Berlin 1997; Joachim Walther, *Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der DDR*, Berlin 1996.

61 A. Mitter/S. Wolle (Anm. 15), S. 23.

62 Vgl. dazu Matthias Braun, *Drama um eine Komödie. Das Ensemble von SED und Staatssicherheit, FDJ und Kultur gegen Heiner Müllers „Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande“ im Oktober 1961*, Berlin 1995.

63 W. Engler (Anm. 10), S. 81.

64 Für Max Weber basierte Herrschaft auf einem Mindestmaß an „Fügsamkeit“ der Beherrschten – die aber ihrerseits wiederum in einem „Geltungsglauben“ beruhe, der den Herrschenden entgegengebracht werde, vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, Tübingen 1972⁵, S. 122 ff. Im folgenden stütze ich mich auf meinen Versuch: *Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis*, in: Alf Lüdtke (Hrsg.), *Herrschaft als soziale Praxis*.

oder doch Loyalität⁶⁵, als (Selbst-)Täuschung erwiese? Vielleicht wird Herrschaft – in diktatorischen wie nichtdiktatorischen Gesellschaften – in den Köpfen wie im Verhalten der Beherrschten anders konstruiert? Mit historischen Forschungen lassen sich zwei Alternativen stützen. In der einen Lesart beschränken sich die vielen auf die „Arena“ des eigenen Alltags. Erwartungen an Dritte „jenseits“ der „eigenen“ Verkehrs- und Aufmerksamkeitskreise sind selten oder minimal. Kein Geltungsglaube, aber auch kein Honorieren von Leistungen (als Loyalität), sondern schroffe Distanz gegenüber dem „Außen“ ist bei den Beherrschten zu beobachten. Soweit möglich, wird Herrschaft ausgeklammert. Entscheidend für die Dauerhaftigkeit von Herrschaft wird das Nebeneinander von Ausklammern, Nutzenkalkülen der Beherrschten (die fallweise Herrschaft ausnutzen) und Durchsetzungsmacht der Herrschenden.

In der anderen Variante ist es nicht das *do-ut-des* (ich gebe, damit du gibst) der Loyalität. Vielmehr richten sich hier konkrete, aber emotional stark geladene Hoffnungen und Wünsche auf „gutes Leben“ an die Herrschenden und ihre Herrschaft. Hinnehmen und Mitmachen resultieren aus Erwartungen an die Intensität materialer und zugleich emotiver Leistungen. Erwartungen richten sich auf Sinnstiftung und Beglaubigung für eigenes Leiden, auch eigenen (Kriegs-)Tod. Und: Beide Formen schließen sich nicht aus. Einzelne oder Gruppen „pendeln“ je nach Situation und Konfiguration zwischen Distanz und massiver Erwartung (die gerade kein diffuser Geltungsglaube ist): im Fall der deutschen Nationalgeschichte z. B. 1917–1919 anders als 1914, 1923 oder um 1933, erneut ab 1943.

Zu prüfen ist, ob nicht Gesellschaft und Herrschaft in „modernen Zeiten“ erst dann relativ reibungslos funktionieren, wenn sich die Menschen in abgeschottete „Arenen“ zurückziehen. Fragen an die Rechtmäßigkeit oder die Effizienz eines politischen Zentrums oder Apparates werden dann nicht gestellt – diese Arena ist „zu weit entfernt“, bleibt außerhalb der eigenen Reichweite. Gerade im Wechsel zwischen stillschweigendem Ausmanövrieren und Ausweichen, Abtauchen und Ignorieren würde dann beides begründet sein: die relative Zufriedenheit der Bevölkerung, aber auch die relative Stabilität des Gesamtsystems.

Historische und sozial-anthropologische Studien, Göttingen 1991, S. 9–63.

65 Vgl. Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Frankfurt/M. 1992, S. 231–241.

Dazu paßt das Argument von Mary Fulbrook: Seit den sechziger, spätestens aber ab den siebziger Jahren habe in der DDR eine „symbiotic mode of life“ dominiert. Man habe sich auf die „Parameter“ des Systems eingelassen und im Rahmen seiner – oft ungeschriebenen – Regeln operiert. Anpassung, die ein Durchkommen unter den gegebenen Bedingungen ermöglicht habe, sei die Maxime gewesen⁶⁶. Damit löst sie sich von der Fixierung auf einerseits politisch-polizeiliche Repression und andererseits ideologische Indoktrination oder Loyalität⁶⁷. Deutlicher werden die Eigeninteressen und Eigen-Bedürfnisse, vor allem die „Arts de faire“ (Michel de Certeau), sich im Privaten wie im Politischen durch alltägliches Sicheinfügen und Durchschlängeln zu behaupten. Entscheidend sei dann, wie und weshalb jemand – oder viele – aus einer Situation des Mitmachens ebendies bzw. jahrzehntelange Stabilität in Frage stelle und welche Dynamik daraus entstehe.

6. Kulturelle „transcripts“ – und ihre Bruchlinien

Offen ist, was das „inner face“, also die Innensicht sowohl von Anpassung wie von Distanz, aber auch von Infragestellen (und Widerstehen) war⁶⁸. Fulbrook verweist auf ein bestimmtes Maß innerer Distanz, das weithin die Einstellungen sowohl der älteren, in der NS-Gesellschaft sozialisierten Generation, die den DDR-Aufbau bis in die sechziger Jahre betrieb, aber auch derer, die erst in den achtziger Jahren erwachsen wurden, geprägt habe. Welches aber waren die Orientierungsformen und Muster, welches die Ziele jenseits der Dichotomie von Herrschaft und Unterwerfung, in denen sich diese Haltung herauskristallisierte? Wie und wo wurde diese Distanz praktisch, welche Ausdrucksformen fand sie? Welche „Atmosphäre“ ging mit ihr einher, welche Emotionen ermöglichten, stabilisierten oder desavouierten sie? Die vielfach wiederholten Hinweise auf die „Nischengesellschaft“ bieten dafür nur eine andere Metapher, bleiben aber auch die Erklärung schuldig für beides: zähe Stabilität – und deren rapide Erosion.

Es könnte sein, daß hier Orientierungen oder „transcripts“ entscheidend waren, die in den All-

66 Vgl. Mary Fulbrook, *Anatomy of a Dictatorship. Inside the GDR 1949–1989*, Oxford 1995, S. 273.

67 So aber A. Mitter/S. Wolle (Anm. 15), S. 161 f., 219 f., 365 f.

68 Vgl. dazu Ralph Jessen, *Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 21 (1995), S. 96–110; Thomas Lindenberger, *Alltagsgeschichte und ihr möglicher Beitrag zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR*, in: R. Bessel/R. Jessen (Anm. 46), S. 298–325.

tagspraxen produziert, zugleich auch nuanciert wurden⁶⁹. Sie beschränkten sich nicht auf wenige oder einzelne Gruppen (oder Regionen), galten als selbstverständlich über alle hierarchischen, aber auch geschlechterspezifischen Grenzen hinweg. Sie wurden vor den Obrigkeiten nicht verheimlicht, prägten vielmehr in eigener Weise auch deren Wahrnehmen und Verhalten. Eine dieser Orientierungen war – so meine These – die der „deutschen Qualitätsarbeit“. Eine zweite drehte sich um „Sauberkeit“, eine dritte um „Ordnung und Disziplin“. In den verschiedenen Arenen, in Öffentlichkeiten und „Nischen“ konnten und wurden diese Standards praktiziert oder doch eingefordert. Alle drei waren Teil alltäglicher Erwartungen und Erfahrungen. Zumindest in der Hochschätzung „deutscher Qualitätsarbeit“, „Sauberkeit“ und „Ordnung“ deckten sich „public“ und „hidden transcript“ (James W. Scott) in der DDR.

Der massenhaft gelebte Bezug auf Arbeit korrespondierte mit der unermüdlich proklamierten Notwendigkeit von Produktion (und ihrer Steigerung). Sauberkeit wurde in Politik wie Praxis dessen, was als „Internationalismus“ galt, zum Thema. Allerdings konterkarierten die Wahrnehmungsmuster bei „Werkstätigen“ wie bei Funktionären die programmatisch geforderte „internationale Solidarität“. Hier wie dort gab es keinen Zweifel an rigoroser Ausgrenzung und Abwertung von „Fidschis“⁷⁰ (so einer der Spottnamen für „ausländische Werkstätige“, die seit den sechziger Jahren in „sozialistischen Bruderländern“ angeheuert wurden). Und Ordnung verband die eigene „Datsche“ unversehens mit jener Parteidisziplin, die weltanschauliche Härte und militärisch geprägte Entschlossenheit gegenüber allen „Klassenfeinden“ im Innern wie nach außen betonte⁷¹. Anders: Diese Leitmuster waren nicht das Produkt der Politik „von oben“. Vielmehr verknüpften sich hier Alltagsorientierungen mit Zielsetzungen der Obrigkeit, vom Politbüro bis zur Kreis- oder Stadt-

leitung der SED. Genau deshalb boten offizielle Kampagnen auch die Möglichkeit, im Mitmachen auch Eigenes anzumelden und durchzusetzen.

Freilich: Erinnerungsinterviews und Studien regionaler Milieus zeigen drei *Bruchlinien*. Die ersten beiden waren eher diffus, die dritte dramatisch. Die Hinweise darauf finden sich in zwei Studien, die ganz oder doch maßgeblich von Westdeutschen betrieben worden sind, die eine bereits ab 1986, die andere nach der revolutionären Wende⁷². Die erste dieser Bruchlinien läßt sich bisher kaum präzise verorten. Sie wird greifbar in den knappen Auszügen aus einem Erinnerungsinterview mit einem katholischen Pfarrer. Genauer: es sind Aufzeichnungen nach Notizen; der Pfarrer hatte den Interviewer gebeten, das Gespräch weitgehend wieder zu löschen. Dieser Pfarrer sah sich in einer mehrfachen Minderheiten- und Diaspora-Situation: in Schlesien geboren, in Südwestdeutschland aufgewachsen, katholischer Priester in einem Land, das Atheismus forderte oder förderte, im Zweifelsfall jedoch mit der protestantischen Kirche – den Vertretern der anderen Konfession – ein Arrangement gefunden hatte. Der Mann wurde besonders umgetrieben von dem, was er als allgemeine Unlust und Verarmung an Kreativität bei den Menschen in der DDR zu erkennen meinte: Die Menschen versteckten sich im Grau ihrer Kleidung und Häuser, zeigten nach außen keinerlei Stolz an etwas „Eigenem“, kümmerten sich nicht um die Gestaltung ihrer Umwelt. Weder gebe es Farbe an den Hauswänden noch Blumenkästen an den Fenstern, *Gesichtslosigkeit* überall. Der Pfarrer nahm dies als Zeichen dafür, daß die Menschen im Kern getroffen und beschädigt seien: „Die Persönlichkeitsstruktur wird hier ganz stark angegriffen, wenn nicht sogar zerstört. Das müßte schon jemand sein, der eine ganz starke innere Kraft hat.“⁷³

Lutz Niethammer verweist darauf, daß die Distanzerfahrungen bei seinem Gewährsmann eine Perspektive des ‚Beobachters von außen‘ nahelegten oder ermöglichten. Freilich: Ist das nun der genauere Blick? Oder ist es der Furor des Missionars, der das „Andere“ nicht akzeptieren mag und nur als „Fremdes“ ablehnen oder bekämpfen kann? Immerhin steht bei dieser Alltagsästhetik das, was Politik „im Innern“ antreibt und was das

69 Vgl. James W. Scott, *Domination and the Arts of Resistance: Hidden Transcripts*, New Haven – London 1990.

70 Dazu die knappen Hinweise bei Achim Dresler/Rosemarie Marynitsch/Jürgen Seidel/Annett Tschakarow, *Wiederaufbau, politische Umbrüche, Frauen- und Ausländerarbeit im Spiegel eines Chemnitzer Oral History-Projektes*, in: Werner Bramke/Ulrich Heß (Hrsg.), *Sachsen und Mitteldeutschland*, Köln – Wien 1995, bes. S. 270–275.

71 Vgl. Torsten Diedrich/Hans Ehlert/Rüdiger Wenzke (Hrsg.), *Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR*, Berlin 1998; Michael Buddrus, *Die Organisation „Dienst für Deutschland“. Arbeitsdienst und Militarisierung in der DDR*, München 1994; Volker Koop, *Armee oder Freizeitklub? Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse*, Bonn 1997.

72 L. Niethammer/A. von Plato/D. Wierling (Anm. 45); die Ergebnisse auch in Lutz Niethammer, *Annäherung an den Wandel. Auf der Suche nach der volkseigenen Erfahrung in der Industrieprovinz der DDR*, in: Alf Lütke (Hrsg.), *Alltagsgeschichte*, Frankfurt/M. 1989, S. 283–345.

73 L. Niethammer/A. von Plato/D. Wierling (Anm. 45), S. 603.

Politische „ist“, weit mehr zur Debatte als bei jeder Funktionsanalyse. Wie sehen sich Menschen selbst, wie die Welt, in der sie leben, – und in welcher „Intensität“?

Die zweite Bruchlinie läßt sich nur indirekt erschließen. Es ist ein *zunehmender Lokalismus*, der zum Teil auch regionale und landsmannschaftliche Horizonte einschloß. Dabei ist der robuste Lokalismus, den Interviewpartner aus (der Stadt) Brandenburg nachdrücklich betonten, dem der Leipzig-Plagwitzer Metallarbeiter, aber auch dem der im Espenhainer Braunkohlentagebau Beschäftigten (südlich von Leipzig) durchaus zu vergleichen⁷⁴.

74 Vgl. die Studien zu Arbeit und Lebenswelt im Braunkohlentagebau in der Niederlausitz: Peter Hübner (Hrsg.), *Niederlausitzer Industriearbeiter. Studien zur Sozialgeschichte*, Berlin 1995; vgl. auch Astrid Segert, *Das Traditionelle Arbeitermilieu in Brandenburg. Systematische Prägung und regionale Spezifika*, in: Michael Vester/Michael Hofmann/Irene Zierke (Hrsg.), *Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung*, Köln 1995, S. 289–329, sowie die Beiträge von

Die dritte Bruchlinie verlief zwischen den Generationen. Jenseits der Flakhelfer-Generation – die dann die des DDR-Aufbaus wurde – schrumpfte das Maß selbstverständlicher Zustimmung zu einer solchen Sicht auf sich selbst und die „Welt“. Für Menschen der nächsten *Generation*, die um 1960 und danach geboren wurden, waren nicht nur die eigenen Lebensentwürfe von blockierten Chancen bestimmt⁷⁵. Zugleich verschob sich die Wahrnehmung des Bestehenden, also auch des Bildes von Arbeit, von Sauberkeit und Ordnung. Im Sommer und Herbst 1989 freilich wurde gerade aus dieser Diskrepanz ein ungeplantes Zusammenspiel. Das „klammheimliche“ Abreisen vieler Jungen alarmierte die Älteren – auch weil ihre Werte damit endgültig verloren schienen.

Michael Hofmann zu Espenhain (ebd., S. 91–135) bzw. Leipzig-Plagwitz (ebd., S. 136–192).

75 Vgl. Johannes Huinink/Karl Ulrich Mayer/Martin Diebold/Heike Solga/Annemette Sörensen/Heike Trappe, *Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach*, Berlin 1996.

Beschäftigungsstrategie der DDR

Frühe Erfolge und zunehmende Erstarrung

I. Der institutionelle Rahmen

Das, was man das Beschäftigungssystem der DDR nennen kann, entstand im wesentlichen in den späten vierziger bis frühen sechziger Jahren: einerseits unter den geopolitischen Bedingungen von Planwirtschaft, schrittweiser Auflösung der ursprünglich sehr engen Beziehungen zwischen ost- und westdeutscher Wirtschaft und einer zunehmenden Ausrichtung der ostdeutschen Industrie auf die Sowjetunion; andererseits unter dem fortwirkenden starken Einfluß deutscher sozialpolitischer und sozialrechtlicher Traditionen. Der institutionelle Rahmen von Arbeit und Beschäftigung, der aus diesen Bedingungen resultierte, war durch drei Elemente geprägt, die einander ergänzen und verstärken sollten, aber in der Praxis keineswegs reibungslos zusammenwirkten.

1. Die „Angebots“-Seite: Weitgehende und effektiv gesicherte Arbeitnehmerrechte

Auf der „Angebots“-Seite des Arbeitsmarktes¹ besaßen die einzelnen Arbeitnehmer in der Verfassung und in Gesetzen fixierte, mit Hilfe der Rechtsprechung durchsetzbare und in der Praxis zumeist unbestrittene Rechte und Ansprüche. Diese Rechte ergaben sich aus dem individuellen Arbeitsvertrag, der in aller Regel mit dem konkreten Betrieb abgeschlossen wurde, in dem sich der Arbeitsplatz befand (und nicht mit dem Kombinat oder einem anderen übergeordneten Organ). Wohl nirgendwo im Beschäftigungssystem zeigt sich die für die DDR typische Überformung und Vermischung von überkommenen „bürgerlichen“ und aus der Sowjetunion übernommenen „sozia-

Der Beitrag beruht auf Arbeiten der Verfasserin im Rahmen der Berichterstattung der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) sowie eines Stipendiums der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

¹ Wir verwenden diese Begriffe der Einfachheit halber in Analogie zu westlichen Gesellschaften, obwohl Arbeitsmärkte in der DDR nur rudimentär existierten und marktwirtschaftliche Kategorien die Realität daher nur partiell abbilden können.

listischen“ Regulierungsinstrumenten so deutlich wie am Beispiel des individuellen Arbeitsvertrages. Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) mit dem darin verankerten Vertragsrecht galt in der DDR weiter. Es wurde später durch ein gesondertes Arbeitsgesetzbuch (AGB)² präzisiert, aber niemals außer Kraft gesetzt.

Unter den aus dem Arbeitsvertrag folgenden bzw. in ihm konkretisierten Rechten sind drei Gruppen besonders hervorzuheben:

- das Recht auf einen im Regelfall der Ausbildung adäquaten Arbeitsplatz;
- das nur bei bestimmten Beschäftigtengruppen bzw. bei den Absolventen bestimmter Ausbildungsgänge in den ersten Berufsjahren eingeschränkte Recht auf freie Arbeitsplatzwahl;
- weitgehende Schutzrechte gegen unerwünschte Dispositionen des Betriebs, insbesondere im Falle von Versetzungen an einen Arbeitsplatz, den der Arbeitnehmer als nicht zumutbar bzw. nicht angemessen betrachtete.

Es war wohl nicht zuletzt der zu allen Zeiten sehr starken Konkurrenz mit den westdeutschen Verhältnissen zu verdanken, daß diese Rechte sukzessive ausgebaut wurden und in den meisten Fällen auch effektiv einklagbar waren. Wenn dennoch Beschäftigte in manchen Betrieben unter schweren, zum Teil ausgesprochen gesundheitsgefährdenden Bedingungen mehr oder weniger klaglos arbeiteten, so dürfte dies der Gewöhnung wie auch einem spezifischen Konsensmodell geschuldet gewesen sein, das auf „Erziehung“ und „Einsicht“ setzte.

² Nach dem „Gesetz der Arbeit zur Förderung und Pflege der Arbeitskräfte, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten“ vom 19. April 1950 wurde das erste „Gesetzbuch der Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik“ am 12. April 1961, das zweite, überarbeitete „Arbeitsgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik“ am 16. Juni 1977 verabschiedet.

2. Die „Nachfrage“-Seite: Zentrale Planung und betriebliche Verantwortung

Anfänge einer zentralen Wirtschaftsplanung nach sowjetischem Vorbild gab es seit Ende der vierziger Jahre (Zweijahrplan 1948–1950, erster Fünfjahrplan 1950–1955). Ihr Ziel bestand in der Planung der Produktions- und Leistungsziele (der Outputs) und der Festlegung von Grundproportionen der Outputverwendung. Die benötigten Arbeitskräfte- und anderen Ressourcen gingen einerseits als verfügbare bzw. zu entwickelnde Bestände, andererseits als Restriktionen für wünschenswerte Outputsteigerungen in die Planung ein. Dabei bildete der Arbeitskräfteplan ein – wie es später hieß – relativ selbständiges „Teilsystem der Gesamtplanung“ mit den Hauptbestandteilen: Planung der Steigerung der Arbeitsproduktivität, Planung des Arbeitskräftebedarfs und Planung des Lohn- und Prämienfonds sowie des Kultur- und Sozialfonds.

Aus den quantitativen Produktionszielen und der geplanten Steigerung der Arbeitsproduktivität sollte sich der Bedarf an Arbeitskräften – nach Volumen und Struktur – ergeben. Zugleich sollte die Produktivitätssteigerung den Rahmen für mögliche Lohnerhöhungen und Zuführungen zum Prämienfonds abstecken. Lohnhöhe und Lohnentwicklung sollten ihrerseits Leistungsanreize für die Erreichung der Planziele setzen und wesentlich zur Allokation von Arbeitskräften in Schwerpunktbereichen beitragen.

Je länger das Beschäftigungssystem bestand, desto deutlicher zeigten sich freilich innere Widersprüche dieser Konstruktion: Um seine Anreizfunktion zu erfüllen, hätte der Lohn in unmittelbarer Verbindung zur Leistung des Einzelnen und des Betriebes stehen müssen. Um seiner Allokationsfunktion gerecht zu werden, hätte er in erster Linie gesamtwirtschaftliche Ziele widerspiegeln müssen. Beide Aufgaben konnten nur unzulänglich miteinander in Einklang gebracht werden; um so mehr, als Veränderungen des Lohngefüges aus sozialpolitischen Gründen nur über differentielle Lohnerhöhungen (bei gleichzeitig angestrebter Preisstabilität), nicht aber über Absenkungen durchsetzbar waren.

Der Arbeitskräfteplan wurde im Laufe der Zeit durch vielfältige Teilpläne zur Qualifizierung und „Kaderentwicklung“, zur Frauen- und Jugendförderung usw. angereichert. Gleichzeitig versuchte man, seinen ökonomischen Kern durch immer präzisere Vorgaben zu härten. Zu keiner Zeit wurde jedoch systematisch in die Verfügung der Betriebe und Einrichtungen über die bei ihnen gebundenen

Bestände an Arbeitskräften eingegriffen. Ob die gesteckten Produktions- und Leistungsziele mit den vorhandenen personellen und anderen Ressourcen tatsächlich erreichbar waren, entschied sich „vor Ort“. Umsetzungen von Arbeitskräften aus einem Betrieb in einen anderen oder gar die Schließung eines Betriebes, verbunden mit der Umschulung und Überführung der Belegschaft in einen anderen, bildeten absolute Ausnahmen. Trotz der zentralen Planung fiel den Betrieben deshalb eine Schlüsselrolle im Beschäftigungssystem zu, auch wenn ihnen viele der Instrumente und Handlungsmöglichkeiten fehlten, über die westliche Arbeitgeber im Regelfalle verfügen.

Im Verlaufe der DDR-Geschichte kam es tendenziell zu einer immer engeren Bindung der Arbeitskräfte an ihren Betrieb. In dieser Tendenz trafen sich (bis weit in die siebziger Jahre) die Interessen der staatlichen Planungsbehörden an überschaubaren Bestands- und Flußgrößen mit den Interessen der Betriebe an einer leistungsfähigen und möglichst betriebsverbundenen Stammebelegschaft sowie, bis zu einem gewissen Grade, mit den Interessen der Beschäftigten an Sicherheit und Stabilität ihres Erwerbslebens. Über die Betriebsbindung als „kleinsten gemeinsamen Nenner“ konnten daher lange Zeit Widersprüche und Inkonsistenzen des Beschäftigungssystems neutralisiert und abgearbeitet werden.

3. Unterstützende Rolle von Bildungssystem und staatlicher Verwaltung

Bildungssystem und staatliche Verwaltung auf regionaler Ebene trugen wesentlich dazu bei, durch Mobilisierung, Qualifizierung und „Lenkung“ geeigneter Arbeitskräfte die betrieblichen Produktions- und Leistungsziele, die sich aus volkswirtschaftlichen Anforderungen ergaben, mit den individuellen Interessen in Einklang zu bringen.

Vorrangige Bedeutung hatte dabei das Bildungssystem: In der Schule begann schon in der 6. Klasse (zum Teil noch früher) ein Prozeß der Berufsberatung mit dem Ziel, die Wünsche und Fähigkeiten der Heranwachsenden schrittweise auf die Erfordernisse der Volkswirtschaft abzustimmen. Nach dem Abschluß ihrer Lehre sollten die Jungerwachsenen möglichst im Ausbildungsbetrieb (oder einem Betrieb, für den die Ausbildung erfolgte) bleiben. Mit Sorge wurden deshalb Anfang der achtziger Jahre Untersuchungsergebnisse aufgenommen, denen zufolge etwa 15 Prozent der jungen Facharbeiter keinen Arbeitsvertrag mit dem Ausbildungsbetrieb abgeschlossen hatten bzw.

schon im ersten Jahr nach Abschluß der Ausbildung den Betrieb oder den Beruf wechselten³. Studenten mußten sich in der Regel bei Studienbeginn verpflichten, den ihnen vermittelten Arbeitsplatz drei Jahre lang nicht zu wechseln.

Im Gegensatz zu den Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen spielte die staatliche Arbeitsvermittlung nur eine geringe Rolle. Die aus der Kriegs- und Vorkriegszeit überkommenen Arbeitsämter wurden 1952 aufgelöst. Nachfolgeorgane bei den Räten der Kreise und Bezirke kümmerten sich hauptsächlich um Problemgruppen wie Alkoholiker, Asoziale und Haftentlassene. Erst 1972 wurden wieder Arbeitsämter gebildet; und als sich Ende der siebziger Jahre zunehmende Anspannungen und Friktionen bei der Nutzung des „gesellschaftlichen Arbeitsvermögens“ abzeichneten, wurden sie 1979 mit erweiterten Kontroll- und Vermittlungsbefugnissen ausgestattet.

Sonstige Organe der öffentlichen Verwaltung hatten die Aufgabe, die Betriebe durch Schaffung bzw. Aufrechterhaltung angemessener Lebensbedingungen für die „Werkstätigen“ zu unterstützen. Stärker als im Westen wurden Großbetriebe aber auch selbst in lebensweltlichen Fragen aktiv.

II. Anfängliche Erfolge

Mit Hilfe des skizzierten Instrumentariums war die DDR während der fünfziger und sechziger, teilweise bis weit in die siebziger Jahre hinein durchaus in der Lage, ehrgeizige Ziele auf dem Wege einer vorwiegend „extensiven Industrialisierung“⁴ zu erreichen. Drei dieser Ziele seien im folgenden besonders hervorgehoben.

1. Maximale Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials

Die sehr ehrgeizigen Wachstumsziele – aufeinander folgende Programme zum Ausbau der Schwerindustrie (Metallurgie, Schwermaschinenbau), zur Sicherung der Energiebasis, zur Entwicklung der chemischen Industrie u. a. – führten die Regierung frühzeitig zu der Erkenntnis: „Die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne erfordert die ständige Be-

reitstellung neuer Arbeitskräfte.“⁵ Die demographische Situation war hierfür allerdings denkbar ungünstig. Zwar überstieg die Zahl der Lebendgeborenen seit 1949 wieder die Zahl der Gestorbenen und der Saldo des natürlichen Bevölkerungswachstums blieb auch bis Ende der sechziger Jahre positiv, doch wurde dieser Effekt bis 1961 bei weitem durch Abwanderungen überkompensiert. Allein im Zeitraum von Anfang 1951 bis Ende 1961 verlor die DDR rund 2,7 Millionen Einwohner⁶. Vor allem Leistungsträger und gut ausgebildete junge Menschen waren darunter. Verglichen mit der Gesamtbevölkerung verringerte sich die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sogar überproportional: Ihr Anteil an der verbleibenden Wohnbevölkerung sank von 64 Prozent im Jahre 1950 auf 60 Prozent 1961 (und in verlangsamttem Tempo weiter auf 58 Prozent bis Ende der sechziger Jahre).

Trotz sinkender Wohnbevölkerung und (bis Ende der sechziger Jahre) auch sinkender Bevölkerungszahl im erwerbsfähigen Alter gelang es der DDR, die Zahl der Beschäftigten zu steigern. In kaum einem anderen Industrieland lag die Erwerbsbeteiligung ähnlich hoch (vgl. Tabelle 1). Nur so war es – bei insgesamt eher geringer Steigerung der Arbeitsproduktivität – möglich, wichtige strukturelle Ziele zu verwirklichen.

Tabelle 1: Erwerbstätigkeit in der DDR

	1950	1960	1970	1980	1989
<i>Zahl der Erwerbstätigen (in 1 000)</i>					
insgesamt	8 339	8 459	8 736	9 471	9 747
Männer	4 951	4 767	4 679	4 951	5 165
Frauen	3 388	3 692	4 057	4 520	4 582
<i>Erwerbstätige je 1 000 der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter</i>					
insgesamt	716	807	894	904	923
Männer	955	967	972	940	933
Frauen	524	665	818	869	909

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Erwerbstätige 1950 bis 1989 (Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 14), Wiesbaden 1994, S. 19.

Im Zentrum der Bemühungen standen die Frauen, die verstärkt und dauerhaft ins Erwerbsleben einbezogen werden sollten. Die Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit war gleichermaßen ökonomisch

³ Vgl. Maria Knabe, Grundlagen und Tendenzen in der Berufsstrukturentwicklung der Facharbeiter, Berlin 1982, S. 35.

⁴ Die Begriffe „extensiv“ und „intensiv“ werden hier in einem an die französische Regulationstheorie angelehnten Sinne gebraucht.

⁵ Gesetzblatt der DDR, Nr. 46 vom 28. 4. 1950, S. 352.

⁶ Die Zahl der Übersiedler aus der DDR in die Bundesrepublik erreichte im Zeitraum von 1950 bis 1961 – rechnet man die erst nach der Übersiedlung geborenen Kinder mit – rund 3,1 Millionen oder 5,5 Prozent der Bevölkerung des früheren Bundesgebietes.

mische Notwendigkeit wie Ausdruck der angestrebten Gleichberechtigung der Frau. Sie wurde einerseits durch die Schaffung infrastruktureller Voraussetzungen (z. B. Kindergärten) sowie durch Möglichkeiten zur beruflichen Aus- und Weiterbildung unterstützt. Andererseits kamen „ökonomische Hebel“ zum Einsatz, wie die Streichung von Hinterbliebenenrenten (mit wenigen Ausnahmen) für Witwen, die selbst noch nicht das Rentenalter erreicht hatten, und von Versorgungsansprüchen geschiedener Frauen. Im Ergebnis solcher Maßnahmen stieg die Erwerbsbeteiligung von Frauen in den fünfziger und sechziger Jahren stark an: Von je 1000 Frauen zwischen 15 und 60 Jahren waren (wie die Tabelle zeigt) 1950 nur 524, 1970 jedoch 818 erwerbstätig, und zwar ganz überwiegend in Vollzeitstellen⁷.

Eine zweite Zielgruppe staatlicher Beschäftigungspolitik bildeten die Altersrentner, denen man die Möglichkeit einräumte, Arbeitsverdienst unbegrenzt mit ihren (meist niedrigen) Renten zu kumulieren.

2. Ein hohes Qualifikationsniveau: Facharbeiterausbildung als Regelqualifikation

Die Bildungspolitik der DDR war darauf gerichtet, das allgemeine Bildungsniveau zu steigern, Chancengleichheit sicherzustellen⁸ und möglichst allen Arbeitskräften eine abgeschlossene Berufsausbildung zu vermitteln. Diese Ziele entsprachen sowohl einer starken deutschen Tradition als auch der herrschenden Ideologie. Die achtjährige Pflichtschulzeit wurde schrittweise auf zehn Jahre erhöht. Zeitweilig steigerte man auch die Abiturientenzahlen beträchtlich. Später (seit Anfang der siebziger Jahre) war die DDR als einziges europäisches Industrieland in der Lage, die Erlangung der Hochschulreife auf dem ersten Bildungsweg wieder zu drosseln, ohne daß dadurch soziale Unruhen provoziert worden wären.

Schon seit den fünfziger Jahren erhielt die große Mehrheit der Jugendlichen bei ihrem Eintritt ins Erwerbsleben eine Berufsausbildung, auf der auch verschiedene weiterführende Bildungsgänge aufbauen konnten. Zugleich wurden die Betriebe gehalten, ihre un- und angelernten Arbeiter zu qualifizieren. Wichtigste Form der Erwachsenenbildung auf der Qualifikationsstufe „Facharbeiter“ war bis Mitte der sechziger Jahre das Nachholen des Ausbildungsabschlusses. Seit 1973 konnte Per-

sonen, die langjährig als Fachkräfte gearbeitet hatten, der Abschluß auch ohne formale Ausbildung zuerkannt werden. Tabelle 2 zeigt das Ergebnis dieser Politik.

Tabelle 2: Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen (in Prozent)

Jahr	Un- und Angelernte	Facharbeiter/Meister	Fach- und Hochschulabsolventen
1945	76,0	21,0	3,0
1955	69,9	25,8	4,3
1960	59,6	33,6	6,8
1965	47,9	41,5	10,6
1970	34,2	54,9	10,9
1975	32,9	53,0	14,1
1980	19,8	61,4	16,8
1985	15,0	64,0	21,0

Quelle: Amtliche Statistik der DDR.

3. Schneller Ausbau der Schwer- und Großindustrie

Zwar umfaßte die DDR bei ihrer Gründung einige der größten und traditionsreichsten Industriegebiete des deutschen Reiches, insbesondere den Maschinenbau in Sachsen, die chemische Industrie im heutigen Sachsen-Anhalt, die feinmechanische und optische Industrie in Thüringen sowie Teile der Elektroindustrie in Berlin. Dennoch sprachen zwei Gründe für eine Strategie industrieller Großprojekte: Zum einen wollte die DDR-Führung ihre Volkswirtschaft durch den Ausbau einer eigenen schwerindustriellen Basis (Bergbau, Stahlindustrie, Petrochemie) aus der engen Vernetzung und Arbeitsteilung mit der westdeutschen Industrie lösen. Zum anderen waren 1949/50 noch große Teile der Erwerbsbevölkerung in traditionellen Wirtschaftssektoren – Landwirtschaft, Handwerk, Hauswirtschaft – mit niedriger Produktivität tätig. Die forcierte Industrialisierung sollte einen Produktivitäts- und Wachstumsschub auslösen.

Zwischen 1949/50 und 1970 gelang es der DDR (trotz der starken Abwanderungen in den Westen), die Beschäftigung in den „modernen“ Teilen der Volkswirtschaft (Industrie und bestimmte öffentliche Dienstleistungen) auf Kosten von Landwirtschaft und Handwerk erheblich zu steigern. Die Industriebeschäftigung nahm von zwei auf 2,9 Millionen Menschen zu; die Beschäftigung in der Landwirtschaft ging von 2,2 auf eine Million zurück. 1970 stellten Industrie und Handwerk insgesamt 42 Prozent der Beschäftigten; der Anteil der Landwirtschaft war auf rd. 13 Prozent gefallen

⁷ Eine geringfügige Ungenauigkeit ergibt sich daraus, daß die Zahl der Erwerbstätigen auch Rentner/innen einschließt.

⁸ In der Anfangszeit wurden Arbeiter- und Bauernkinder ausdrücklich bevorzugt.

(vgl. Tabelle 3). Der Ausbau des volkseigenen Sektors und die Kollektivierung der Landwirtschaft auf Kosten privater Wirtschaftsformen wurden zugleich als Schritte in Richtung von „Modernisierung“ und Effektivität der Volkswirtschaft verstanden.

Tabelle 3: Beschäftigungsstruktur nach Wirtschaftssektoren 1949–1989 (in Prozent)

Sektor	1949	1960	1970	1980	1989
Industrie	27,2	36,0	36,8	38,0	37,3
Produzierendes Handwerk	8,6	5,4	5,2	3,2	3,1
Bauwirtschaft	6,5	6,1	6,9	7,1	6,6
Land- und Forstwirtschaft	30,7	17,0	12,8	10,7	10,8
Verkehr, Post- u. Fernmeldewesen	6,1	7,2	7,5	7,4	7,4
Handel	8,5	11,6	11,0	10,3	10,3
Sonstige Bereiche	12,4	16,7	19,8	23,3	24,5

Quelle: Amtliche Statistik der DDR.

Die dargestellte Strategie und die hierfür genutzten Instrumente setzten eine kontinuierliche Erhöhung des gesellschaftlichen Arbeitskräftepotentials voraus. Sie beruhten auf dem Prinzip, Arbeitskräfte für Schwerpunktvorhaben in den „modernen“ Wirtschaftssektoren zu mobilisieren und sie dann (mit Hilfe verschiedener Anreize) an ihrem neuen Arbeitsplatz zu fixieren. Weiterer Strukturwandel erforderte, bei relativ geringem Produktivitätswachstum, wieder einen Arbeitskräftezuwachs, und zwar um so mehr, je weniger Arbeitskräfte (zumeist über Prozesse intergenerationalen Wandels) noch aus den „traditionellen“ Sektoren gewonnen werden konnten. Diese Voraussetzung aber wurde zunehmend hinfällig.

III. Erschöpfung der Potentiale für eine Ausweitung des „Arbeitsvermögens“

Aus der bisher wichtigsten Quelle für einen steigenden Arbeitskräftebestand in der DDR – Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit – war kein nennenswerter Zuwachs mehr zu erwarten. Waren im Jahr 1950 jede zweite, 1960 zwei von drei und 1970 vier von fünf Frauen im erwerbsfähigen Alter in den Arbeitsprozeß einbezogen, so konnte diese Quote bis 1989 zwar noch weiter, auf neun von zehn Frauen erhöht werden; doch damit war (unter Berücksichtigung längerer Ausbildungszei-

ten einerseits, staatlicher Maßnahmen zur Geburtenförderung andererseits) der Grenzwert erreicht.

Der Umstand, daß sich das Reservoir „nichtarbeitender“ Frauen allmählich erschöpfte, gefährdete in den siebziger Jahren die Arbeitskräftestrategie der DDR noch nicht; waren doch in zunehmender Zahl Neueintritte Jugendlicher aus den geburtenstarken Nachkriegsjahrgängen (bis Mitte der sechziger Jahre) in das Erwerbsleben zu verzeichnen. 1982 erreichte die Zahl der Berufsanfänger mit mehr als 260 000 jungen Leuten (Lehrlinge, die ihre Ausbildung abgeschlossen hatten, Hoch- und Fachschulabsolventen aus dem Direktstudium) ihren Höchststand. Doch war bereits ein Rückgang absehbar. Erst Mitte/Ende der neunziger Jahre treffen – im Resultat der, alles in allem, recht erfolgreichen DDR-Bevölkerungspolitik – wieder zahlenmäßig stärkere Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt; jetzt aber auf einen Arbeitsmarkt, dessen Bedingungen sich grundlegend gewandelt haben und der diesen jungen Menschen nur sehr wenig Aufnahmemöglichkeiten bietet.

Die Suche nach sozialverträglichen Instrumenten zur Ausweitung des Beschäftigungspotentials brachte fast keine Resultate. Arbeitszeiterhöhungen waren in der DDR, angesichts der westlichen Debatte um Arbeitszeitverkürzung und angesichts der Tatsache, daß die reguläre Wochenarbeitszeit für die meisten Beschäftigten seit Mitte der sechziger Jahre unverändert bei 43 3/4 Stunden lag⁹, völlig ausgeschlossen. Die Verlängerung des Erholungsurlaubs, des Schwangerschafts- und Wochenurlaubs, Verkürzungen der Wochenarbeitszeit für Schichtarbeiter sowie für Mütter mit zwei und mehr Kindern und andere „sozialpolitische Maßnahmen“ hatten bereits zur Verringerung des gesellschaftlichen Arbeitsvolumens in einem das Beschäftigungssystem belastenden Maße geführt. Arbeitsökonomien rechneten aus, die DDR hätte in der Zeit zwischen 1960 und Mitte der achtziger Jahre, alle Formen der Arbeitszeitverkürzung zusammengenommen, ein Zeitvolumen „verloren“, das ungefähr dem Äquivalent von einer Million Vollbeschäftigten entsprach.

Auch eine stärkere Einbeziehung von Altersrentnern in den Erwerbsprozeß war nicht möglich. Im Gegenteil, die auf Grund niedriger Renten sozial-

9 In der ersten Hälfte der achtziger Jahre arbeiteten etwa 75 Prozent aller Beschäftigten regulär (d. h. ohne Berücksichtigung eventueller Teilzeitverträge) 43 3/4 Stunden, bei 10 Prozent waren es 42 Stunden, und 15 Prozent arbeiteten 40 Stunden in der Woche. Dies ergab eine gewichtete gesetzliche Arbeitszeit von 43 Stunden.

politisch notwendig gewordene Einführung der „Freiwilligen Zusatzrentenversicherung“ (FZR) im Jahre 1972 hatte, zusammen mit Veränderungen der Alterspyramide, zur Folge, daß die Zahl erwerbstätiger Rentner sank: von 680 000 im Jahre 1972 auf 280 000 1989. Der Anteil dieser Gruppe an der gesamten Bevölkerung im Rentenalter verringerte sich von 20 Prozent im Jahre 1972 auf 10,5 Prozent 1989 (genauer: von 29 auf elf Prozent bei den Männern und von 15 auf zehn Prozent bei den Frauen).

Seit Ende der siebziger Jahre versuchte die DDR gezielt, ausländische Arbeitskräfte zur Überbrückung von personellen Engpässen, vor allem in der Industrie, anzuwerben. Dieser Weg erwies sich aus vielerlei Gründen – sozialen, politischen, nicht zuletzt ökonomischen – als außerordentlich problematisch. Eine Öffnung für Einwanderer (die es in keinem Land uneingeschränkt gibt) kam nicht in Frage. Damit wäre sowohl das System der Planwirtschaft als auch jenes der politischen „Sicherheit“ überfordert gewesen. Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte erfolgte vielmehr auf der Grundlage eines Staatsvertrages mit dem jeweiligen Entsenderland, in dem Quoten, Einsatzdauer und Modalitäten der „Rückführung“ geregelt waren. Der umfangreichste dieser Verträge wurde in den achtziger Jahren mit Vietnam geschlossen. Über das Ausmaß des Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte gehen die Angaben auseinander. Die offizielle DDR-Statistik nennt für 1989 eine Zahl von 106 000 Personen (darunter 78 Prozent Männer). Für die Deckung des – zumeist durch systemspezifische Ursachen bedingten – Arbeitskräftebedarfs war dies freilich nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“.

IV. Blockierungen in den siebziger und ausgeprägte Stagnationstendenzen in den achtziger Jahren

In dem Maße, wie sich die Reserven für eine Ausweitung des Arbeitskräftepotentials sukzessive erschöpften, hätte die Reallokation vorhandener Arbeitskräfte eine wachsende Bedeutung erlangen müssen. Der institutionelle Rahmen und die Steuerungsinstrumente, mit denen die DDR in den ersten beiden Jahrzehnten ihrer Geschichte unbestreitbare Erfolge erzielte, waren jedoch nicht dazu geeignet, die neuen Aufgaben zu lösen, die sich in den siebziger und vor allem in den achtzi-

ger Jahren gestellt hätten, wenn die DDR ihre eigenen Ziele – in der offiziellen Terminologie: „intensives“, später „umfassend intensives Wachstum“ – wirklich erreichen wollte. Sie blockierten den, an sich wünschenswerten, Reallokationsprozeß. Dies sei an zwei zentralen Aspekten der Beschäftigungspolitik jener Zeit dargestellt, die sich mit den Schlagworten „das Fluktuationsproblem“ und „die Schwedter Initiative“ beschreiben lassen.

1. Geringer Umfang zwischenbetrieblicher Mobilität

Individuell initiierte Betriebswechsel („Fluktuation“) wurden von offizieller Seite mit Mißtrauen betrachtet. Sie galten als eine potentielle Gefahr für die Ziele der Arbeitskräfteplanung. Durch beschäftigungspolitische Instrumente (wie Senioritätsregelungen in bestimmten Bereichen, betriebliche Sozialleistungen u. a.), aber auch durch moralischen Druck und in Einzelfällen durch administrative Restriktionen versuchte man vielmehr, die Betriebsbindung der „Werkstätigen“ zu erhöhen. Auch war ein rationales Suchverhalten der Einzelnen nur in engen Grenzen möglich, weil kaum geeignete Informationsmedien existierten und es an infrastrukturellen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wechsel (z. B. Verfügbarkeit von Wohnraum) fehlte.

Über das quantitative Ausmaß der Fluktuation liegen nur wenige und zudem disparate Angaben vor. Mit einiger Sicherheit aber lassen sich drei Feststellungen ableiten:

- Im Laufe der DDR-Geschichte hat die Fluktuation tendenziell abgenommen.
- In den siebziger und achtziger Jahren lag sie deutlich unter der Häufigkeit von Betriebswechseln in den alten Bundesländern.
- Innerhalb dieses allgemeinen Trends war seit etwa 1983 wieder ein geringfügiger Anstieg zu verzeichnen.

Für die späten fünfziger und frühen sechziger Jahre verfügen wir über einige Fallstudien aus Industriebetrieben, die in Einzelfällen jährliche Fluktuationsraten von über 30 Prozent ausweisen; d. h., statistisch gesehen erneuerte sich (z. B. in Berlin, bei offener Grenze) in drei Jahren die gesamte Belegschaft einmal. Später mehren sich Indizien, die auf durchschnittliche Fluktuationsraten von etwa 15 Prozent gegen Mitte der sechziger Jahre und von 10 bis 12 Prozent Anfang der siebziger Jahre hindeuten. Dieser Rückgang stand sicher auch mit der Kombinatbildung, mit Zentralisati-

onsprozessen auf betrieblicher Ebene¹⁰ und den dadurch erweiterten Spielräumen betrieblicher Personalstrategien in Verbindung. Parallel zur sinkenden Tendenz der zwischenbetrieblichen Mobilität aber stieg – vor allem gegen Ende der siebziger Jahre – die Aufmerksamkeit, die schon geringfügigen Erhöhungen (und sei es um wenige Zehntel Prozentpunkte) beigemessen wurde. Sogar ein Volkskammerausschuß befaßte sich mit den Ursachen der Fluktuation und mit Möglichkeiten zu ihrer Eindämmung.

Die Betriebe wurden verpflichtet, Fälle, in denen Beschäftigte auf eigenen Wunsch ihr Arbeitsverhältnis lösten und den Betrieb wechselten, an die wiedergegründeten Arbeitsämter zu melden. Die Meldungen liefen beim Staatssekretariat für Arbeit und Löhne zusammen. Nach diesen (zu DDR-Zeiten vertraulich behandelten) Angaben sank die gesamtwirtschaftliche Fluktuationsrate zunächst von neun Prozent im Jahre 1979 auf knapp sechs Prozent 1983. Danach stieg sie wieder leicht an und konnte bis zum Ende der DDR nicht mehr unter sieben Prozent gedrückt werden.

Mit einiger Vorsicht lassen sich die Angaben für die DDR mit solchen für die alte Bundesrepublik vergleichen: Hier liegen uns Daten aus der Beschäftigtenstichprobe des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg für die Jahre von 1975 bis 1990 vor. Danach hat durchschnittlich jeder fünfte Beschäftigte pro Jahr den Betrieb gewechselt und eine Tätigkeit neu aufgenommen, die Fluktuationsrate war also nahezu dreimal so hoch wie in der DDR. Der Anteil der Wechsler schwankte im Konjunkturverlauf zwischen 17 Prozent im Krisenjahr 1983 und 24 Prozent im Aufschwungjahr 1990. Sicher erfolgten die Betriebswechsel im Westen zum Teil unfreiwillig, nicht selten lagen Phasen von Arbeitslosigkeit zwischen altem und neuem Beschäftigungsverhältnis. Dessen ungeachtet – und auch bei Berücksichtigung der deutlich anderen Betriebsgrößenstruktur – bleiben die Unterschiede sowohl beim Ausmaß zwischenbetrieblicher Mobilität in den siebziger und achtziger Jahren als auch beim Umgang mit diesem Phänomen klar erkennbar¹¹. Anzumerken ist, daß (auf sehr unterschiedlichem Niveau) im Osten wie im Westen Fluktuationsbereitschaft und -häufigkeit stark in Abhängigkeit

10 In der Industrie stieg die durchschnittliche Betriebsgröße von 173 Beschäftigten im Jahre 1962 über 244 im Jahre 1970 und 625 im Jahre 1980 bis auf 952 Beschäftigte im Jahre 1989. (Berechnet nach Daten der amtlichen Statistik.)

11 Die methodische Abgrenzung dessen, was als Fluktuation erfaßt wird, stimmt zwischen Ost und West weitgehend überein.

von Alter, Geschlecht, Qualifikation und Beruf variieren.

Gewissermaßen den Reziprokwert zwischenbetrieblicher Mobilität bildet die Dauer der Betriebszugehörigkeit. Unsere Auswertungen des sozio-ökonomischen Panels ergeben, daß 1990 – am Ende der DDR und am Beginn der Transformation – die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit im Osten Deutschlands deutlich über der im Westen lag. Auf die Frage, in welchem Jahr sie ihre jetzige Stelle angetreten haben, gaben im Sommer 1990 (als erstmals auch eine Ost-Stichprobe erhoben wurde) 21 Prozent der Erwerbspersonen in der DDR, aber nur 14 Prozent in der alten Bundesrepublik einen Zeitpunkt vor 1970 an. Dagegen lag der Anteil derjenigen, die erst im letzten Jahrzehnt vor der Befragung ihre Stelle angetreten hatten, in der DDR bei 52 Prozent und war damit nahezu zehn Prozentpunkte niedriger als in der Bundesrepublik, wo er 62 Prozent betrug. Dieser Befund ist nicht durch Unterschiede in der Altersstruktur erklärbar.

2. Kaum „Freisetzung von Arbeitskräften für neue Aufgaben“

So unerwünscht individuelle Mobilität in der DDR war, so sehr wuchs an der Schwelle zu den achtziger Jahren das Interesse an planmäßigen Umsetzungen von Arbeitskräften. Die eingespielten Mechanismen des Beschäftigungssystems erschwerten jedoch Mobilität, auch wenn sie den Planzielen entsprach. Geradezu ein Lehrbeispiel für sich aufbauende Blockierungen bildete die „Schwedter Initiative“, die in der DDR als Erfolgsgeschichte dargestellt wurde. Der Ortsname Schwedt steht dabei für einen Ausgangspunkt, von dem aus sich die Initiative – nach dem Willen ihrer Initiatoren – über das ganze Land verbreiten sollte.

Der Stammbetrieb des Petrochemischen Kombines (PCK) Schwedt hatte Mitte der siebziger Jahre über den Mechanismus der Planstellenvergabe zusätzliche Arbeitskräfte für den Aufbau einer neuen Produktionslinie beantragt. Da Arbeitskräfte nicht zur Verfügung standen, wurde beschlossen, in Schwedt exemplarisch zu zeigen, wie ein Betrieb bzw. Kombinat sein „Arbeitskräfteproblem“ durch interne Frei- und Umsetzungen lösen könne. Das PCK erhielt Anfang 1978 den Auftrag, bis 1982 ohne zusätzliche Investitionen 2400 Arbeitsplätze einzusparen. Dies gelang in der Tat. Partei- und Staatsführung nutzten die „Schwedter Initiative“, um die „Gewinnung von

Werkträgigen für neue Aufgaben“ seit 1981 generell zum Bestandteil des Kennziffersystems im Prozeß der Planung und Planerfüllung erklären zu können.

Alle Betriebe aus den Bereichen Industrie, Bauwesen, Verkehrswesen, Umweltschutz und Wasserwirtschaft sowie Forstwirtschaft erhielten die Aufgabe, jährlich drei Prozent ihrer Arbeitskräfte auf der Basis wissenschaftlich-technischer Maßnahmen freizusetzen und für neue Aufgaben zu gewinnen. Verglichen mit dem Ausmaß ständiger Neuerungen und Personalumschichtungen in westlichen Betrieben war diese Rate gering. Auch konnte sie, trotz aller statistisch-methodischen Vorgaben, relativ leicht geschönt werden. Trotzdem wurde das Ziel in keinem Jahr erreicht. Die „Schwedter Initiative“ ist, quantitativ wie qualitativ, weitgehend gescheitert.

In der Industrie der DDR (aus anderen Bereichen sind keine „Erfolge“ bekannt) wurden in den Jahren von 1981 bis 1986 – bei rund 3,2 Millionen Beschäftigten – jährlich nur zwischen 55 000 und knapp 64 000 Personen „für neue Aufgaben“ gewonnen; das entsprach einer Freisetzungsrates von nicht mehr als zwei Prozent. Noch offenkundiger wird das Scheitern, wenn man fragt, für welche „neuen“ Aufgaben die Arbeitskräfte gewonnen werden sollten. Was bei ausreichendem Zeitvorsprung (doch gerade über den verfügte die DDR nicht mehr) ein wirksames Instrument für Innovationen und Strukturwandel hätte sein können, wurde de facto zum Hilfsmittel im Prozeß akuten Krisenmanagements. Wichtigste Ziele der Arbeitskräftegewinnung waren die Erhöhung der Schichtauslastung, Eigenproduktion von Rationalisierungsmitteln in den Betrieben und Kombinat, Steigerung der Konsumgüterproduktion (unabhängig vom eigentlichen Produktionsschwerpunkt der Betriebe) sowie „Importablösung“, d. h. Eigenbau von Gütern, die bisher gegen Devisen eingeführt werden mußten.

Durchgängig rund neun Zehntel der freigesetzten Arbeitskräfte erhielten im eigenen Betrieb eine andere Aufgabe. Die Beschäftigten selbst wollten vielfach an ihrem bisherigen Arbeitsplatz oder zumindest im bisherigen Betrieb bleiben. Die Betriebe, die – zumeist ohne Erweiterung ihrer Ressourcen – mit immer neuen Aufgaben belastet wurden, waren nicht daran interessiert, Arbeitskräfte abzugeben. Im Zweifelsfall setzten sie lieber gar nicht erst frei. Die staatlichen Planungsinstanzen ihrerseits fürchteten (gerade in der Endzeit der DDR) nichts mehr als eine Beunruhi-

gung in der Bevölkerung, vielleicht gar eine momentane „friktionale Arbeitslosigkeit“¹².

Wie Zeitzeugen sich erinnern, trat im Ergebnis der geforderten Freisetzungen im Planzeitraum 1982/83 erstmals ein geringfügiger Arbeitskräfteüberschuß auf: in der Größenordnung von etwa 20 000 bis 30 000 Personen, was nicht mehr als 0,2 bis 0,3 Prozent aller Erwerbspersonen entspricht. „Aber die Angst davor, daß der Westen der DDR vorwerfen könnte, daß auch sie Arbeitslosigkeit habe, war so groß, daß dieser geringe Arbeitskräfteüberschuß als wirkliche Katastrophe verstanden wurde. Daraufhin wurde in einem Feuerwehreinsetzung sofort festgelegt: 90 Prozent aller freigesetzten Arbeitsplätze verbleiben im Betrieb.“¹³

Eine Maßnahme zur Arbeitskräftegewinnung galt nunmehr erst dann als abgeschlossen und konnte auch erst dann „abgerechnet“ werden, wenn der Wiedereinsatz der Arbeitskräfte – für eine effektivere Tätigkeit im eigenen Betrieb, verbunden mit der arbeitsrechtlichen Vereinbarung einer neuen Arbeitsaufgabe, oder aber nach Unterzeichnung des Überleitungsvertrages im Falle eines Betriebswechsels – vollzogen war.

Es verwundert sicher nicht, daß das ursprünglich als Ergänzung zur „Schwedter Initiative“ gedachte „Staßfurter Beispiel“ (zur Gewinnung von Arbeitskräften für andere Betriebe in einem Territorium mit differenzierten Wachstumsraten der Produktion und der Arbeitsproduktivität) sang- und klanglos im Sande verlief.

3. Blockierter Strukturwandel

Seit dem Ende der siebziger Jahre zeichnete sich für das Beschäftigungssystem der DDR eine zunehmend dramatische Konstellation ab: Wenn die DDR noch eine Chance behalten wollte, ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen und die unabweislichen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, war die Forcierung einer intensiven, auf kontinuierliche Produktivitätssteigerung aller Produktionsfaktoren gerichteten Wachstumsstrategie unvermeidlich. Das in einer Phase extensiven Wachstums entstandene und auf dessen Erfordernisse abgestellte Beschäftigungssystem konnte jedoch den hiermit verbundenen Wandel der Arbeitsplatz- und Beschäftigungs-

12 Die Vermutung einer „friktionalen Arbeitslosigkeit“ äußerte bereits Katharina Belwe, „Weniger produzieren mehr“ – Probleme der Freisetzung von Arbeitskräften in der DDR, in: Deutschland Archiv, 17 (1984) 5, S. 496–509.

13 Zit. in: Zeitzeugen berichten, in: Holle Grünert, Beschäftigungssystem und Arbeitsmarkt in der DDR, Opladen 1997, S. 166.

struktur allenfalls innerhalb eines engen Korridors realisieren, dessen Grenzen sich im wesentlichen aus der Mechanik des Generationswechsels und der Zuwachsrates der Erwerbsbevölkerung ergaben. Dieser Korridor reichte auch nach Einschätzung der DDR-Experten nicht aus und wurde, nachdem alle Möglichkeiten zur Mobilisierung zusätzlicher Arbeitskräfte ausgeschöpft waren, schmaler und nicht breiter. Zugleich stießen Versuche, durch Maßnahmen nach dem Modell der „Schwedter Initiative“ die Flexibilität der Beschäftigungsstrukturen ohne größere Eingriffe in das Beschäftigungssystem zu erhöhen, sehr rasch auf unüberwindliche Hindernisse, so daß nicht einmal die sehr bescheidenen Planziele ganz überwiegend betriebsinterner Frei- und Umsetzungen erreicht wurden.

Der Widerspruch zwischen wachsenden Anforderungen an Tempo und Breite des Strukturwandels einerseits und eng begrenzter, tendenziell sogar abnehmender Fähigkeit, diesen zu realisieren, prägte in den achtziger Jahren immer stärker das Beschäftigungssystem der DDR und äußerte sich in zunehmender Immobilität und Stagnation:

1. Der in den ersten Jahrzehnten der DDR lebhafteste intersektorale Strukturwandel kam (wie aus Tabelle 3 ersichtlich) zum Stillstand. Auch wenn man feinere Untergliederungen, z. B. nach Industriezweigen, zugrunde legt, ergibt sich ein ähnliches Bild.
2. Die Internalisierung von Strukturwandel in die bestehenden Betriebs- und Beschäftigungsstrukturen – z. B. die Verpflichtung aller Industriebetriebe zur Konsumgüterproduktion, vieler großer Betriebe zu eigenem Rationalisierungsmittelbau, die Integration von immer mehr nichtlandwirtschaftlichen Funktionen in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossen-

schaften u. a. – wurde zumeist mit erheblichen Effizienzverlusten erkauft.

3. Die Notwendigkeit von und der Aufwand für „Crash“-Aktionen zur punktuellen Überwindung besonders gravierender Blockierungen nahmen zu. (Ein bezeichnendes Beispiel bildet der hohe Aufwand für die Forcierung der Mikroelektronik in den achtziger Jahren, wodurch – auch in beschäftigungsstrategischer Hinsicht – an anderer Stelle zusätzliche Engpässe verursacht wurden.)

Die Ereignisse von 1990 trafen das Beschäftigungssystem der DDR in einer denkbar ungünstigen Verfassung: Die zunehmende Blockierung des inter- wie intrasektoralen Strukturwandels und fast alle Versuche, diese mit prioritären Sonderprogrammen zu überwinden oder durch Übertragung neuer, zusätzlicher Aufgaben an die Betriebe zu kompensieren, drängten die Entwicklung der Produktions- und Leistungsstruktur in den achtziger Jahren in eine Richtung, die der gleichzeitigen Entwicklung in den westlichen Industrieländern diametral entgegengesetzt war: Erhöhung statt Reduzierung der Fertigungstiefe, Verbreiterung statt Verschlankung des Produkt- und Leistungssortiments, Verminderung statt Vertiefung der zwischenbetrieblichen Arbeitsteilung, Verzicht auf statt systematische Nutzung von Serien- und Spezialisierungseffekten. Hierdurch entstand eine Strukturdiskrepanz zwischen Ost- und Westdeutschland, die mit dem in den ersten Jahren nach 1989/90 so beliebten Begriffspaar „Plan versus Markt“ nur sehr oberflächlich beschrieben wird und die in eben jenen ersten Jahren wesentlich zu den dramatischen Umstrukturierungsproblemen und Beschäftigungseinbrüchen beigetragen hat.

Nachrichten aus einer anderen DDR

Inoffizielle politische Publizistik in Ostdeutschland in den achtziger Jahren

I. Vorbemerkung

Die wissenschaftliche Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit sieht sich – wie jede Diktaturforschung – vor das Problem gestellt, daß ein Großteil ihrer schriftlichen Quellen von den einst Herrschenden selber angelegt oder zumindest maßgeblich determiniert wurde. Während die Forschung vor dem Zusammenbruch der DDR in starkem Maße auf Veröffentlichungen rekurrierte, die den Filter direkter oder indirekter Zensur durch die SED durchlaufen hatten, sind es heute vor allem die internen Überlieferungen der von der DDR-Führung kontrollierten Apparate, die zur Rekonstruktion des Vergangenen herangezogen werden. Die Sicht auf die kommunistische Diktatur wird damit auch nach ihrem Sturz in beträchtlicher Weise von dieser selbst bestimmt – selbst dann, wenn man sie nicht, wie in den siebziger Jahren verbreitet, „immanent“ beurteilt, sondern die Dokumente gleichsam gegen den Strich bürstet¹.

Eine Lücke in dieser vom totalitären Machtanspruch der SED geprägten Überlieferung bilden, neben privaten Aufzeichnungen und den Quellen der *oral history*, Selbstzeugnisse und Veröffentlichungen unabhängiger politischer Gruppierungen oder Einzelpersonen, die außerhalb staatlicher Kontrolle entstanden. Trotz oder besser wegen des rücksichtslos durchgesetzten Anspruchs der SED auf vollständige Kontrolle der Medien² hat es nämlich in der DDR immer wieder Versuche gegeben,

das kommunistische Monopol auf öffentliche politische Kommunikation zu durchbrechen. In den achtziger Jahren entwickelte sich eine regelrechte inoffizielle Publizistik, die trotz bescheidenster Mittel und ständiger Gefährdung einen wichtigen Beitrag zur Aushöhlung der SED-Herrschaft leistete. Mit ihren unverblühten Beschreibungen der Lebenswirklichkeit und dem umfangreichen Material zu programmatischen Orientierungen und praktischen Aktivitäten von Andersdenkenden in der DDR bilden diese Schriften eine schmale, aber um so bedeutsamere Überlieferung der anderen Wirklichkeit, die, trotz einer im Aufbau befindlichen Stiftung, auch im achten Jahr der Einheit immer noch nicht gesichert ist³.

Dabei kommt verbotenem oder inoffiziellem Schrifttum bei der Erforschung vergangener Epochen naturgemäß ein besonderer Rang zu. Geheime Flugblätter aus dem Vormärz oder der Zeit der Ruhrbesetzung sind für den Historiker ebenso wertvolle Dokumente wie die antifaschistischen Tarnschriften gegen den Nationalsozialismus⁴. Demgegenüber ist die „zweite Öffentlichkeit“, die in den meisten kommunistischen Staaten eine beträchtliche Rolle als Insel geistiger Freiheit gespielt hat und in der Osteuropafor-schung mit dem russischen Akronym „Samisdat“ (Selbstverlag) bezeichnet wird⁵, in den letzten Jahren eher in Vergessenheit geraten – obwohl sich die Möglichkeiten ihrer Erforschung nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems enorm verbessert haben. In einer knappen Skizze soll deshalb im folgenden ein Überblick über die inoffizielle politische Publizistik in Ostdeutschland gegeben werden. Dazu werden zunächst einige grundlegende Entwicklungslinien nachgezeichnet,

1 Zur „immanenten“ Methode vgl. die Schriften ihres wichtigsten Vertreters, Peter Christian Ludz, *Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung*, Opladen 1968; kritisch dazu: Klaus Schroeder/Jochen Staadt, *Der diskrete Charme des Status quo. DDR-Forschung in der Ära der Entspannungspolitik*, Forschungsverbund SED-Staat der FU Berlin, Arbeitspapiere 2/92, S. 2 ff.

2 Zur Kontrolle der Medien in der DDR vgl. Gunter Holzweißig, *Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur*, Bonn 1997; Stefan Pannen, *Die Weiterleiter. Funktion und Selbstverständnis deutscher Journalisten*, Köln 1992; Ulrich Bürger, *Das sagen wir natürlich so nicht! Donnerstags-Argus bei Herrn Geggel*, Berlin 1990.

3 Ausführlicher zu den Problemen der Überlieferung: Hubertus Knabe, *Wo liegen die Selbstzeugnisse der DDR-Opposition? Zugänge zu einem schwierigen Forschungsgebiet*, in: *Deutschland Archiv*, 30 (1997) 4, S. 565 ff.

4 Einen anschaulichen Überblick vermittelt der Ausstellungskatalog: *Der Zensur zum Trotz. Das gefesselte Wort und die Freiheit in Europa*, Wolfenbüttel 1991.

5 „Sam“ bedeutet selbst und „isdát“ publizieren; zur Entstehung des Begriffs vgl. György Dalos, *Archipel Gulasch. Die Entstehung der demokratischen Opposition in Ungarn*, Bremen 1986, S. 8.

um anschließend Themenprofile, Herstellungsmethoden und staatliche Reaktionen näher zu analysieren⁶.

II. Entstehung und Entwicklung

Inoffizielles politisches Schrifttum gab es in der DDR, so lange diese existierte. Immer fanden sich Menschen, die ihre Kritik an den Verhältnissen zu Papier brachten und an andere weitergaben; zu allen Zeiten gab es verbotene Publikationen, die von Hand zu Hand gingen und zumeist aus der Bundesrepublik stammten⁷. Erst in den achtziger Jahren bildete sich jedoch ein breites Spektrum inoffizieller Veröffentlichungen heraus, die in der DDR selbst herausgegeben, gedruckt und vertrieben wurden.

Dieser gedruckte politische Samisdat hatte verschiedene Wurzeln: Zum einen war er eine Fortentwicklung des „einfachen“ Samisdat, bei dem politische Texte mit primitiven Mitteln – in der Regel per Schreibmaschine und Durchschlagpapier – in kleinsten Auflagen verbreitet wurden⁸. Eine zweite Wurzel bildete das nichtlizenzierte Schrifttum der evangelischen Kirchen⁹, dessen Herstellung von Staat und Partei für die innerkirchliche Kommunikation und religiöse Zwecke in begrenztem Rahmen toleriert wurde, obgleich nach der Druckgenehmigungsverordnung der DDR dafür eigentlich eine Genehmigung erforderlich gewesen wäre¹⁰. Eine dritte, für den politi-

schen Samisdat allerdings nicht ganz so bedeutungsvolle Wurzel lag in literarisch-künstlerischen Vervielfältigungen, bei denen unter Berufung auf die „Honorarordnung Bildende Kunst“ Grafiken und Texte in Auflagen von bis zu 100 Exemplaren ohne staatliche Kontrolle verbreitet wurden¹¹.

Der Beginn einer politischen Gegenöffentlichkeit in der DDR mit maschinell vervielfältigten regelmäßig erscheinenden Publikationen ist wegen der fließenden Übergänge zu den Vor- und Nebenformen nicht exakt zu datieren. Das erste nicht-staatliche Periodikum mit gesellschaftskritischen Ambitionen waren die im Januar 1980 entstandenen „Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch-Natur“, die vom Kirchlichen Forschungsheim (KFH) in Wittenberg herausgegeben wurden und zweimal im Jahr erschienen¹². Mit der Arbeitsgruppe Umweltschutz am Stadtjugendpfarramt Leipzig gab im November 1981 erstmals eine politisch engagierte Basisgruppe ein monatliches Informationsblatt mit dem Titel „Streiflichter“ heraus, das anfangs allerdings nur jeweils ein oder zwei Blatt umfaßte¹³. Schon eher den Charakter einer Zeitschrift hatten die 1982 gegründeten

anordnung von 1959 zwar *offizielle* Einrichtungen, nicht aber die Kirchen von der Genehmigungspflicht aus, wenn Materialien „für den inneren Dienstgebrauch“ vervielfältigt werden sollten. Vgl. Anordnung über das Genehmigungsverfahren für die Herstellung von Druck und Vervielfältigungserzeugnissen vom 20. Juli 1959, in: Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 46, S. 640 ff.; Anordnung Nr. 2 über das Genehmigungsverfahren für die Herstellung von Druck und Vervielfältigungserzeugnissen vom 25. März 1975, in: ebd., Teil I, Nr. 16, S. 307; Verordnung über die Herausgabe und Herstellung aller periodisch erscheinenden Presseerzeugnisse vom 12. April 1962, in: ebd., Teil II, Nr. 24, S. 239 f.

11 Die Anlage 2 zur „Honorarordnung Bildende Kunst“ legte in Punkt 8 fest, daß für druckgrafische Werke bei einer Auflagenhöhe von über 100 Blatt eine Druckgenehmigung der örtlichen staatlichen Organe, Abteilung Kultur, eingeholt werden mußte – im Umkehrschluß betrachteten Grafiker ihre Drucke in darunter liegender Auflagenhöhe als genehmigungsfrei; Honorarordnung Bildende Kunst vom 20. Mai 1971, in: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Kultur, Nr. 8/1971, 31. 8. 1997, S. 49. Vgl. ausführlicher zum Kultur-Samisdat: Klaus Michael/Thomas Wohlfahrt, Vogel oder Käfig sein. Kunst und Literatur aus unabhängigen Zeitschriften in der DDR 1979–1989, Berlin 1992; Thomas Günther, Die subkulturellen Zeitschriften in der DDR und ihre kulturgeschichtliche Bedeutung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/92, S. 27 ff.; Peter Böthig/Klaus Michael, Machtspiele. Literatur und Staatssicherheit im Fokus Prenzlauer Berg, Leipzig 1993; Helgard Sauer, Unabhängige Künstlerwerkstätten in Dresden, in: Kunstdokumentation SBZ/DDR. Aufsätze, Berichte, Materialien, Köln 1996, S. 742 ff.; Paul Kaiser/Claudia Petzold, Boheme und Diktatur in der DDR. Gruppen, Konflikte, Quartiere, 1970–1989, Berlin 1977 (Ausstellungskatalog), S. 150 ff.

12 Von den „Briefen“ erschienen bis zum November 1989 insgesamt 20 Ausgaben.

13 Von den „Streiflichtern“ erschienen bis zum November 1989 insgesamt 56 Ausgaben.

6 Ich danke dem Matthias-Domaschk-Archiv in Berlin, dem Archiv Bürgerbewegung in Leipzig sowie dem Archiv der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen für die Unterstützung bei der Beschaffung der in diesem Beitrag untersuchten inoffiziellen Schriften.

7 Eine interessante Dokumentation derartiger Schriften aus den fünfziger Jahren enthält: Friedrich-Wilhelm Schломann, Mit Flugblättern und Anklageschriften gegen das SED-System. Die Tätigkeit der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) und des Untersuchungsausschusses freier Juristen (UfJ), hrsg. vom Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, Schwerin 1998.

8 Umfassendere Untersuchungen über den „einfachen“ Samisdat existieren bislang nur für Osteuropa: H. Gordon Skilling, Samisdat and an Independent Society in Central and Eastern Europe, Columbus 1989; Ludwig Richter/Heinrich Olschowsky (Hrsg.), Im Dissens zur Macht. Samisdat und Exilliteratur der Länder Ostmittel- und Südosteuropas, Berlin 1995.

9 Vgl. Detlef Urban, Kirchen treten an die Öffentlichkeit, in: Reinhard Henkys, Die Evangelischen Kirchen in der DDR. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme, München 1982, S. 328 ff.

10 Im Gegensatz zur Praxis und der subjektiven Auffassung vieler Beteiligter nahm § 1 Abs. 5 der Druckgenehmigungs-

„Anstöße von & für christliche Umweltgruppen“, die in Leipzig zusammengestellt und zunächst ebenfalls unter dem Dach des Wittenberger Forschungsheimes herausgegeben wurden¹⁴.

Nachdem 1983 auf dem DDR-weiten Treffen kirchlicher Basisgruppen „Frieden Konkret“ der Versuch gescheitert war, ein gemeinsames Periodikum aller Friedenskreise ins Leben zu rufen¹⁵, entstanden 1984 mit „Schalom“ in Berlin, „Blattwerk“ in Halle, „Friedensnetz“ in Mecklenburg, „Kontakte“ in Leipzig und „Friedensreader“ in Rudolstadt fünf neue regionale Informationsblätter kirchlicher Gruppen, die mehr oder weniger regelmäßig erschienen¹⁶. Im selben Jahr kam in Leipzig die erste Ausgabe des „Anschlags“ heraus, der ein Experimentierfeld für eine neue, unabhängige Kunst und Literatur darstellte, manchmal aber auch politische Themen ansprach¹⁷.

Während diese frühen Blätter aus Furcht vor Repressalien eher zurückhaltend agierten und sich zumeist auf Terminankündigungen, Selbstdarstellungen christlicher Gruppen und gesellschaftliche Themen mit religiösem Bezug konzentrierten, änderte sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre das Profil des Samisdat: Politische Fragen gewannen nun an Bedeutung, die Sprache entkleidete sich zunehmend kirchlicher oder staatstragender Verbrämungen, Layout und Inhalt wurden professioneller. Auf die Konstituierungsphase (1980–1985) folgte die Expansionsphase (1986–1989), in der die inoffizielle Publizistik den engen

Rahmen innerkirchlicher oder künstlerischer Vielfältigungen zunehmend durchbrach.

Deutlich wurde dies zunächst vor allem in Berlin: Seit Dezember 1985 gaben hier Kreise der „Offenen Arbeit“ (OA) mit Jugendlichen in unregelmäßigen Abständen den provokanten „mOAningstar“ heraus¹⁸. Im Juni 1986 erschien dann die erste Nummer des „Grenzfalls“, der von der kirchenunabhängigen „Initiative Frieden und Menschenrechte“ herausgegeben wurde¹⁹. Auch die Umwelt-Bibliothek in der Zionsgemeinde begann 1986 mit der Produktion eines Informationsblattes, das unter dem Namen „Umweltblätter“ bald zu einer der wichtigsten Samisdat-Zeitschriften wurde²⁰.

Zu einer Welle politisch motivierter Zeitschriftengründungen kam es ab 1987, wobei freilich angesichts des inoffiziellen Status der Blätter manchmal nur eine einzige Ausgabe erschien. Die Zahl der bislang bekannt gewordenen Periodika stieg von 20 (1987) auf 30 (1988) und schließlich auf annähernd 40 (1989)²¹. Nach einer – unvollständigen – Auflistung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) „über beachtenswerte nichtgenehmigte Druck- und Vielfältigungserzeugnisse antisozialistischen Inhalts“ lagen die regionalen Schwerpunkte 1989 mit sieben Informationsblättern in Berlin („Arche Nova“, „Aufrisse“, „Friedrichsfelder Feuermelder“, „Kontext“, „Ostkreuz“, „Umweltblätter“ und „Wendezeit“), mit fünf im Bezirk Leipzig („Anschlag“, „Glasnost“, „Kontakte“, „Solidarische Kirche“ und „Streiflichter“), mit vier im Bezirk Halle („Blattwerk“, „Informationsblatt Nachtgebete“, „Die Pustelblume“ und „Brief aus der Haltestelle“) und mit drei im Bezirk Dresden („Lila Band“, „Lausitzbotin“ und „Wir Ahnungs-

14 Von den „Anstößen“ erschienen bis zur Einstellung (1987) insgesamt 19 Ausgaben.

15 Vgl. Frithjof Heller, Unbotmäßiges von „Grenzfall“ bis „Wendezeit“. Inoffizielle Publizistik in der DDR, in: Deutschland Archiv, 21 (1988) 11, S. 1191 f.

16 Von „Schalom“ und seinen Nachfolgeblättern („aktuell“, „Wendezeit“, „Wegzehrung“ etc.) sind insgesamt 28 Ausgaben überliefert, von „Blattwerk“, das nur mit Unterbrechungen und zeitweise unter anderem Namen erscheinen konnte, zehn Ausgaben, vom „Friedensnetz“ ebenfalls zehn und von „Kontakte“ 27 Ausgaben (alle bis November 1989); vom „Friedensreader“ erschienen zwischen 1984 und 1986 insgesamt 13 Hefte.

17 So zeigte die letzte Seite von „Anschlag I“ ein Foto der 1968 durch die SED verfügten Sprengung der Leipziger Universitätskirche, und ab 1986 erschienen vermehrt auch unmittelbar politische Texte wie die Thesen von Friedrich Schorlemmer zum Kirchentag in Halle. Die Herausgeber wurden deshalb vom Staatssicherheitsdienst in mehreren Vorgängen „operativ bearbeitet“ – „mit dem Ziel der konsequenten Unterbindung der weiteren Herstellung bzw. des Vertriebs“; vgl. Operativ-Information, Nr. 1/85; BStU, ASt Lpz, OV „Nica“, AOP 681/86, Bd. 3, Bl. 179. Vgl. Jacques Poumet, Die Leipziger Untergrundzeitschrift aus der Sicht der Staatssicherheit, in: Deutschland Archiv, 29 (1996) 1, S. 67 ff. Insgesamt erschienen vom „Anschlag“ zwischen 1984 und 1989 zehn Ausgaben und zwei Sonderhefte.

18 Der „mOAningstar“ ist nur bruchstückhaft überliefert – mit bislang insgesamt sieben Ausgaben.

19 Vom „Grenzfall“ erschienen bis Januar 1988 insgesamt 12 Ausgaben, später, von anderen Herausgebern, weitere 4; die frühen Ausgaben sind dokumentiert in: Ralf Hirsch/Lew Kopelew (Hrsg.), Grenzfall. Vollständiger Nachdruck aller in der DDR erschienenen Ausgaben (1986/87). Erstes unabhängiges Periodikum, Berlin 1989 (Selbstverlag).

20 Von den „Umweltblättern“ erschienen bis Oktober 1989 insgesamt 32 Ausgaben, die teilweise dokumentiert sind in: Wolfgang Rüddenklau, Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989. Mit Texten aus den „Umweltblättern“, Berlin 1992. Im ersten halben Jahr hießen die Hefte noch „Umwelt-Bibliothek. Informationen und Mitteilungen“.

21 Exakte Zahlenangaben zu machen ist schwierig, da von manchen „Periodika“ nur eine Ausgabe erschien, von manchen „Einzelpublikationen“ aber mehrere Hefte. Eine ausführliche Übersicht über die Samisdatpublikationen im Zeitraum 1969–1990 gibt: Ehrhart Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Berlin – Bonn 1997, S. 756 ff.

losen“)²². Darüber hinaus erschienen zahlreiche Einzelpublikationen mit oftmals buchähnlichem Charakter, etwa zum Uran-Bergbau in der DDR („Pechblende“), zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR („Spuren“) oder zur Tagung des Internationalen Währungsfonds in Westberlin („Schuldenkrise“).

Inoffizielle Veröffentlichungen kamen jetzt nicht mehr nur in den großen Städten heraus, sondern auch in kleineren Ortschaften wie Knau („Die Leidplanke“), Eilenburg („Unkraut“) oder Forst („Aufbruch“)²³. Zudem differenzierte sich das Spektrum der regelmäßig erscheinenden Blätter in unterschiedlich akzentuierte politische Richtungen, wie sie beispielsweise im linkssozialistischen „Friedrichsfelder Feuermelder“, in den anarchistisch-basisdemokratischen „Umweltblättern“ oder in den radikaldemokratisch orientierten Publikationen der „Initiative Frieden und Menschenrechte“, „Grenzfall“ und „Art. 27“, vertreten wurden²⁴. Zugleich zeigten sich bei den Veröffentlichungen wachsende Unterschiede in den redaktionellen Konzepten – zwischen praktisch orientierten und theoretisch ausgerichteten Heften, zwischen lokal verankerten, überregional oder DDR-weit agierenden Periodika, zwischen Veröffentlichungen von wissenschaftlichen Analysen, künstlerischen Essays, kommentarlosen Dokumentationen oder kürzeren Informationen.

Im Herbst 1989 führten die Zuspitzung der inneren Spannungen und der revolutionäre Umbruch in der DDR dann zu einer geradezu explosionsartigen Zunahme inoffiziell vervielfältigter Schriften. Die sich überstürzenden Ereignisse verlangten jetzt vor allem kurze, aktuelle Informationen in hoher Auflage. Die „Umweltblätter“ erschienen deshalb ab dem 10. Oktober im Abstand von wenigen Tagen und ab November wöchentlich unter dem neuen Namen „telegraph“. Darüber hinaus wurde von den neu gegründeten Gruppierungen

eine große Zahl von Gründungsaufufen und periodischen Informationsschriften vervielfältigt wie „Demokratie jetzt“ oder „Neues Forum“, und mit der im Oktober 1989 begonnenen „edition KONTEXT“ entstand der erste unabhängige Verlag für gesellschaftspolitische Themen. Die Gegenöffentlichkeit wurde zur Öffentlichkeit.

III. Themen und Profile

Die Entstehung und Ausbreitung der inoffiziellen politischen Publizistik in der DDR steht in direktem Zusammenhang mit der kritischen Basisbewegung, die sich seit Ende der siebziger Jahre im Schutzraum der Kirchen formierte. Nach Analysen des MfS stieg die Zahl der „feindlich-negativen Personenzusammenschlüsse“ bis zum Frühjahr 1989 auf 159, wobei diese seit 1986 in verstärktem Maße bestrebt gewesen seien, „Vervielfältigungserzeugnisse politisch negativen bis antisozialistischen Inhalts und Charakters herzustellen und zu verbreiten“²⁵. Tatsächlich gehörten die kritische Information in einer gleichgeschalteten Medienlandschaft, die Herstellung von Öffentlichkeit für die totgeschwiegenen Anliegen und Aktivitäten der Gruppen und die Vernetzung der Friedens-, Umwelt- und anderen Kreise in einer künstlich atomisierten Gesellschaft zu den wichtigsten Anliegen der Akteure.

Die inoffiziellen politischen Schriften spiegeln deshalb in starkem Maße die Vorstellungswelt der Gruppen – gebremst und verzerrt allerdings durch die unterschiedlich großen Handlungsspielräume, die bei einzelnen Themen bestanden, sowie durch den ungleichen Zugang zur notwendigen Vervielfältigungstechnik. Allen Veröffentlichungen gemeinsam ist ein diskursiver Ansatz, der das selbstgeschaffene Medium nicht als „Zentralorgan“ einer programmatisch festgelegten „Partei“, sondern als basisdemokratisches „Forum“ von Lesern und Gruppen begreift. Auch der Themenhorizont ist relativ einheitlich auf Fragestellungen zentriert, die die Gruppen seinerzeit beschäftigten: innere und äußere Abrüstung, Umweltprobleme und ökologische Lebensweise, Auseinandersetzungen mit dem Parteistaat und der Kirche, Menschenrechte, Demokratisierung und Reformen, Solidarität mit

22 Insgesamt wurden vom MfS zu diesem Zeitpunkt nach nicht ganz klaren Kriterien 27 „beachtenswerte nichtgenehmigte Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse antisozialistischen Inhalts und Charakters, sogenannte Informationsblätter“ erfaßt; vgl. MfS, Information Nr. 168/89 über die Herstellung und Verbreitung nichtgenehmigter Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse antisozialistischen Inhalts und Charakters durch Personen, die personellen Zusammenschlüssen angehören, Anlage, Matthias-Domaschk-Archiv (MDA) Berlin.

23 Von der „Leidplanke“ erschienen 2 Ausgaben, von „Unkraut“ 4 und vom „Aufbruch“ 12 Hefte sowie ein sogenanntes „innerkirchliches Rundschreiben“.

24 Vom „Friedrichsfelder Feuermelder“ sind insgesamt 18 Ausgaben und 5 Extrablätter überliefert, vom „Art. 27“ erschienen 1987 insgesamt 5 Ausgaben. Zu „Grenzfall“ und „Umweltblätter“ vgl. Anm. 19 und 20.

25 MfS, Information Nr. 168/89 (Anm. 22), S. 1. Ausführlicher zur zahlenmäßigen Verbreitung der Gruppen: Hubertus Knabe, Sprachrohr oder Außenseiter? Zur gesellschaftlichen Relevanz der unabhängigen Gruppen in der DDR – Aus Analysen des Staatssicherheitsdienstes, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/96, S. 23 ff.

der Dritten Welt, Freiheit der Kultur und verantwortlicher Umgang mit der jüngeren Geschichte. Schließlich wurden die Themen, wie oftmals bei sozialen Bewegungen, in starkem Maße von symbolhaften Konflikten bestimmt, an denen sich das kritische Potential formieren und festigen konnte²⁶.

Wegen der häufigen Vermischung der Themen ist eine quantitative Gewichtung der einzelnen Topoi nicht möglich. Deutlich ist aber die Dominanz von Artikeln zur Umweltproblematik sowie zu den diversen Aktivitäten der Gruppen selbst – im Fall des seit Februar 1988 in der Region Forst herausgegebenen „Aufbruchs“ beispielsweise mit jeweils rund 20 Prozent. Auch Blätter, die sich explizit einem Thema widmen wollten, etwa dem Umweltschutz, haben daneben immer wieder andere Fragen behandelt.

Die lebhaften Friedensaktivitäten in den frühen achtziger Jahren, vor allem für die Abschaffung des Wehrunterrichtes, für die Einführung eines sozialen Friedensdienstes (SoFd) und gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa, haben in vergleichsweise wenigen Publikationen konzentrierten Niederschlag gefunden. Die SED reagierte auf staatsunabhängige Versuche, mit dem Friedensthema an die Öffentlichkeit zu gehen, außerordentlich restriktiv, nachdem sie im Zusammenhang mit dem Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ die Erfahrung gemacht hatte, wie ihre eigene Propaganda einer unkontrollierten politischen Bewegung Auftrieb gegeben hatte²⁷. Aufrufe wie der „Berliner Appell“ von Rainer Eppelmann und Robert Havemann oder der Text der Dresdner SoFd-Initiative gingen zwar von Hand zu Hand, doch neben einigen Dokumentationen des DDR-Kirchenbundes²⁸ konnten in der

26 Zur Bedeutung von Symbolen beim Sturz der kommunistischen Systeme vgl. Helmut Fehr, *Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR*, Opladen 1996, S. 232 ff.

27 SED und MfS unternahm Anfang der achtziger Jahre umfangreiche Maßnahmen zur „Zurückdrängung“ der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR. Exemplarisch dafür steht das Fernschreiben Erich Honeckers an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED vom 16. 4. 1982, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO) DY 30/IVB2/14/57. Vgl. ausführlicher: Klaus Ehring/Martin Dallwitz, *Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR*, Reinbek 1982; Gerhard Besier, *Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990. Die Vision vom „Dritten Weg“*, Berlin – Frankfurt/M. 1995, S. 456 ff.

28 Dazu zählen vor allem das 1979 erschienene Heft „Erziehung zum Frieden“, die Materialien zur jährlichen Friedensdekade im November sowie die vom Referat Friedens-

Frühzeit des Samisdat lediglich der „Friedensreader“ in Rudolstadt, das „Friedensnetz“ in Mecklenburg sowie das unter wechselndem Namen herausgegebene Periodikum des Friedenskreises der Ostberliner Samaritergemeinde mehr oder weniger regelmäßig Texte zur Friedensproblematik veröffentlichten.

Mit dem „Friedensreader“ wollten die Herausgeber – das Pfarrerehepaar Uwe und Bettina Koch – „alle zwei bis drei Monate ein Material zur Friedensarbeit in den Gemeinden anbieten, und dies an Interessenten in Thüringen weitergeben“²⁹. Die zehn bis zwölf Seiten umfassenden Hefte enthielten Berichte von Veranstaltungen und überregionalen Zusammenkünften, Reflexionen und Erklärungen zur kirchlichen Friedensarbeit, Eingaben und Unterschriftenappelle etc. Auch das „Friedensnetz“ zielte – was schon im Namen zum Ausdruck kommt – auf eine stärkere Verknüpfung der Friedensgruppen, nicht zuletzt durch die Veröffentlichung von Informationen über entsprechende Veranstaltungen. Im Editorial der zweiten Ausgabe wurden die Leser ausdrücklich um Mitarbeit gebeten, um, wie es hieß, „das ‚Friedensnetz‘ fester zu machen...“³⁰. Die vom „Arbeitskreis Kontakt & Information“ der Samaritergemeinde zusammengestellten Hefte sollten „vor allem die Gemeinde besser unterrichten über Diskussionen und Standpunkte“ und „Hinweise auf Veranstaltungen, auch von anderen Friedenskreisen“ geben³¹. „Kontrovers soll die Diskussion sein“, umschrieb die Redaktion ihr Selbstverständnis, „aber um jeden Preis konstruktiv & objektiv.“³²

Die Umweltproblematik als das zweite große Thema der DDR-Basisgruppen bildete demgegenüber den Ausgangspunkt für eine deutlich größere Zahl (12) von Zeitschriften – gerade auch in der Entstehungsphase des Samisdat. Vorreiter waren hier die „Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch–Natur“ (später: Mensch–Umwelt), die sich als ein „Kontaktpapier für umweltengagierte Christen“ verstanden und „Erfahrungsberichte, Hinweise und Meinungsäußerungen“ veröffentlichten wollten³³. Die „Briefe“ sollten Christen, die sich mit ökologischen Fragen beschäftigten, infor-

fragen der Theologischen Studienabteilung in der Reihe „Informationen und Texte“ veröffentlichten Hefte.

29 *Friedensreader 1*, hrsg. vom Evangelischen Stadtjugendpfarramt Rudolstadt (Januar 1984), S. 1.

30 *Friedensnetz*, 2/84, S. 0.

31 Rainer Eppelmann, *Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland*, Köln 1993, S. 124.

32 *Schalom*, 0-84 (April 1984), S. 1.

33 *Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch–Natur*, 1. Brief, Januar 1980, S. 1.

mieren, inspirieren und zusammenführen und basierten tatsächlich zu einem beträchtlichen Teil auf ausführlichen Zuschriften oder Artikeln von externen Autoren. Sie enthielten ausführliche Analysen zu einzelnen ökologischen Themen, Auszüge aus in der DDR versteckt erschienenen Veröffentlichungen, Rezensionen, Tagungsberichte, Aufrufe und Hinweise auf Materialien, Aktivitäten oder umweltschonende Technologien. Die politische Ausrichtung der „Briefe“ war, wie die des Herausgebers, Peter Gensichen, eher gemäßigt, was in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die Gründung anderer, radikalerer Umweltblätter beförderte.

Auch einzelne Umweltgruppen gaben bereits in der ersten Hälfte der achtziger Jahre eigene Informationsschriften heraus. Die seit 1981 in Leipzig vervielfältigten „Streiflichter“ dienten anfangs vor allem der aktuellen Information und Verständigung innerhalb der AG Umweltschutz, doch ab 1988 wurden auch zu anderen Themen verstärkt Artikel veröffentlicht – zur Sprengung der Leipziger Universitätskirche beispielsweise, zur Situation in Rumänien und in China, zur Zensur der Kirchenpresse, zur Fälschung der Kommunalwahlergebnisse oder zum Umgang mit Geschichte in der DDR. Weitere Umweltblätter wurden von der „Ökologischen Arbeitsgruppe des Kirchenkreises Halle“ herausgegeben („Blattwerk“), vom „Ökumenischen Arbeitskreis Naturschutz der St. Pauli-Kreuz-Gemeinde“ in Karl-Marx-Stadt („Grün-Kreuz-Blätter“) und vom „Ökologischen Arbeitskreis“ in Ilmenau („Zwischenruf“) – um nur einige, weniger bekannte Beispiele zu nennen.

Wie in der Friedensbewegung wurde auch von den Umweltinitiativen versucht, ein *gemeinsames* Blatt aller Gruppen ins Leben zu rufen. Nach einem überregionalen Treffen im Kirchlichen Forschungsheim gründeten Umweltengagierte um Nikolaus Voss 1982 die „Anstöße von und für christliche Umweltgruppen“, die jedoch ihren selbstgesetzten Anspruch, als „DDR-weites Infoblatt“ zu fungieren, nur begrenzt verwirklichen konnten und ihr Erscheinen 1987 einstellen mußten. Beim DDR-weiten Treffen „Frieden konkret“ wurde deshalb 1987 vereinbart, ein neues Informationsblatt herauszugeben, das unter dem Titel „Umweltbriefe“ erschien. Da jedes Heft von einer anderen Gruppe herausgegeben wurde, diente es aber weniger der Vernetzung als vor allem der Selbstdarstellung der einzelnen Initiativen und ihrer Themen. Mit der Gründung des „Grün-ökologischen Netzwerkes Arche“ entstanden 1988 dann die Blätter „Arche Info“ und „Arche Nova“,

die – bei manchen Gruppen nicht unumstritten – erstmals einen deutlich politisch-organisierenden Anspruch verfolgten und dies mit einem hohen fachlichen Niveau zu verbinden suchten: „Den Prinzipien von Glasnost und Perestroika verpflichtet“, so skizzierten seinerzeit die Herausgeber um Carlo Jordan ihre Absichten, „wollen Arche Nova und Arche-Info berichten und informieren über Umweltprobleme, -belastungen und -zerstörungen in unserem Land ... Dabei werden vorrangig solche sozio-ökologischen Probleme benannt, die gesamtgesellschaftlicher Natur sind und sich nicht durch Öko-Ratschläge für individuelles Verhalten (Halten wir auch für wichtig!) beseitigen lassen.“³⁴

Einen dritten, etwa ähnlich starken Strang von zunehmender Relevanz bildeten Blätter, die sich einem eher allgemeinen Themenspektrum zuwandten. Dazu zählten beispielsweise die vom Friedens- und Umweltkreis der Ostberliner Zionsgemeinde seit September 1986 herausgegebenen „Umweltblätter“, die schon nach kurzer Zeit nicht mehr vorrangig ökologische Probleme behandelten, sondern über alle möglichen politischen Themen intensiv berichteten. Durch ihr regelmäßiges Erscheinen, ihren respektlosen Ton und die Veröffentlichung von Erklärungen, Berichten, Kommentaren und Hinweisen zu den Aktivitäten der Gruppen und zu ihren Konflikten mit Staat und Kirche spielten die „Umweltblätter“ eine wesentliche Rolle bei der Vernetzung und Organisation der entstehenden DDR-Opposition³⁵.

Eine ähnliche Bedeutung als allgemeinpolitisches, themenübergreifendes Forum hatte auch der „Grenzfall“, der, ohne irgendeine kirchliche Trägerschaft, von Juni 1986 bis Januar 1988 erschien. Anspruch der Herausgeber war es, „ein DDR-weites Informationsnetz auf- und auszubauen, um den einzelnen Friedens-, Ökologie-, Menschenrechts-, Zweidrittelwelt- und sonstigen Gruppen, die über staatliche Medien keine Möglichkeit zur Informationsweitergabe bzw. -verbreitung besitzen, den Weg zur Verständigung untereinander zu ebnen. ... ‚Grenzfall‘ beabsichtigt, regelmäßig ein Informationsblatt herauszugeben, in dem Beiträge verschiedener Arbeitskreise, Berichte über die eigene thematische Arbeit sowie Stellungnahmen zu aktu-

34 Zitiert nach: Carlo Jordan/Hans Michael Kloth, Arche Nova. Opposition in der DDR. Das „Grün-ökologische Netzwerk Arche“ 1988–1990, S. 190. Von „Arche Nova“ erschienen bis zum Herbst 1989 4 Ausgaben, von „Arche Info“ mindestens 4 sowie weitere in Sachsen, Thüringen u.a. Regionen.

35 Ausführlich zur Geschichte der „Umweltblätter“: W. Rüdtenklau (Anm. 20).

ellen politischen Ereignissen veröffentlicht werden sollen.“³⁶ Tatsächlich bestanden die insgesamt 14 Ausgaben zum überwiegenden Teil aus kürzeren Nachrichten oder Dokumentationen zu einem breiten Themenspektrum, das von der kritischen Kommentierung offiziöser Ereignisse wie des XI. Parteitags der SED über die Auseinandersetzung mit der Politik der Kirchen gegenüber den Gruppen bis zur Berichterstattung über die Entwicklung in anderen sozialistischen Staaten reichte.

Ein drittes Berliner Blatt dieser Art war der im April 1987 gegründete „Friedrichsfelder Feuermelder“, der vom Friedenskreis Friedrichsfelde um Reinhard Schult herausgegeben wurde. In der ersten Ausgabe gab die vierköpfige Redaktion ihrer Hoffnung Ausdruck, „daß wir etwas dazu beitragen können, Wissen und Information zu unterbreiten, diskussionsfähig zu machen, sachkundiger hinterfragen zu können“³⁷. In Berichten, Kommentaren und Dokumentationen wurden – neben diversen außenpolitischen Themen und einer intensiven Berichterstattung über die Reformpolitik in der Sowjetunion – insbesondere die Konflikte mit der Kirchenleitung um die Berliner „Friedenswerkstatt“ und den „Kirchentag von unten“ sowie die aktuellen Auseinandersetzungen mit der SED um das Auftrittsverbot für Freya Klier und Stephan Krawczyk, die Relegation von Schülern der Ossietzky-Oberschule und das Verbot der deutschsprachigen sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ durch die DDR-Führung behandelt.

Dieselben thematischen Linien finden sich auch in vielen anderen Blättern wieder – vom „Friedensnetz“ in Mecklenburg über das „Arbeitsmaterial der Dresdner Friedens-, Umwelt- und Zweidrittelwelt-Gruppen“ bis zum „Ausblick“ in Magdeburg und zur „Plattform“ in Erfurt. Auf einem weniger ausgereiften Niveau beschäftigten sich auch die in kleineren Städten erscheinenden Blätter wie „Der Straßenfeger“ (Quedlinburg), „Zwischenruf“ (Ilmenau) oder „Aufbruch“ (Region Forst) mit ähnlichen Themen. Daneben bildeten sich aber in verstärktem Maße auch Periodika, die ein thematisch eingengerteres Konzept verfolgten wie die Kulturzeitschriften „Anschlag“ und „Glasnot“, die „Briefe“ der „Initiative Hoffnung Nicaragua“ (alle Leipzig), die Frauenzeitung „Lila Band“ (Dresden), die auf Osteuropa orientierte Zeitschrift „Ostkreuz“ (Berlin) oder die nach einem Brücken-

schlag zwischen unabhängiger Kultur und Politik strebende Zeitschrift „Kontext“ (Berlin)³⁸.

IV. Herstellung und Verbreitung

Die Entstehung und Stabilisierung eines Sektors unabhängiger politischer Gruppen war nur die *eine* Voraussetzung für das Erscheinen einer wachsenden Zahl inoffizieller Publikationen. Ebenso notwendig war die Existenz der technischen und materiellen Voraussetzungen für deren praktische Herstellung. Tatsächlich korrelierte das Anschwellen der Samisdat-Produktion in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mit deutlich verbesserten Möglichkeiten der Vervielfältigung.

In den späten siebziger und frühen achtziger Jahren konnten politische Texte außerhalb staatlicher Kontrolle fast ausschließlich per Schreibmaschine, Siebdruck oder als Spiritusabzug auf einer kleinen Zahl kircheneigener Geräte vervielfältigt werden. Lediglich größere kirchliche Institutionen wie das Evangelische Jungmännerwerk, die Theologische Studienabteilung beim DDR-Kirchenbund oder das Kirchliche Forschungsheim verfügten bereits damals über Geräte, die mit Wachsmatrizen betrieben wurden und mit denen höhere Auflagen hergestellt werden konnten. Durch Einfuhren aus dem Westen und Devisenkäufe in der DDR änderte sich diese Situation in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre grundlegend, so daß der Staatssekretär für Kirchenfragen 1988 davon ausging, „daß nahezu jede Kirchengemeinde (d. h. ca. 7 800) Eigentümer eines oder mehrerer Vervielfältigungsgeräte ist“. Allein in den Jahren 1984 bis 1987 hätten die Kirchen mit Genehmigung der Behörden rund 400 zum Teil hochmoderne Geräte eingeführt³⁹. Mit dem Erstarken der innerkirchlichen Basisbewegung wuchs zugleich der Druck auf die Verantwortlichen, diese Geräte vermehrt für gesellschaftskritische Vervielfältigungen zur Verfügung zu stellen. Einzelne Gruppen verschafften sich zudem eigene Geräte, über die sie eigenverantwortlich verfügten.

38 Von „Glasnot“ erschienen bis Dezember 1989 8 Ausgaben, von „Lila Band“ 6, von „Ostkreuz“ eine, von „Kontext“ 7 und ein Sonderheft. Zum „Anschlag“ vgl. Anm. 17.

39 Problematik der Anwendung und Durchsetzung der Druckgenehmigungsanordnung gegenüber Kirchen und Religionsgemeinschaften, Anlage Nr. 2 zum Schreiben des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Löffler, an Politbüro-Mitglied Werner Jarowinsky vom 26. 8. 1988, Bundesarchiv, Außenstelle Berlin (BA), DO 4-922, S. 1.

36 Grenzfall, 1. Ausgabe zur Berliner Friedenswerkstatt, 29. 6. 1986, S. 1, dokumentiert in: R. Hirsch/L. Kopelew, Grenzfall (Anm. 19), S. 1.

37 Friedrichsfelder Feuermelder, April 1987, S. 1.

Die frühen Samisdat-Blätter erschienen vor diesem Hintergrund durchweg in geringen Auflagen und zumeist als Spiritusabzug (Ormig). Von den Leipziger „Streiflichtern“ wurden beispielsweise im örtlichen Stadtjugendpfarramt anfangs rund 80 Exemplare hergestellt und an Mitglieder sowie Gleichgesinnte in anderen DDR-Städten versandt. Die Zahl der Empfänger der „Anstöße“ betrug zu Beginn sogar nur 30 und lag auch nach der fünften Ausgabe immer noch bei 60. „Schalom“ bezogen immerhin 94 Abonnenten, während die erste Ausgabe des „mOAningstar“ nur aus 30 Handzetteln bestand. Eine Ausnahme bildeten nur die vom Kirchlichen Forschungsheim herausgegebenen „Briefe“, von denen jeweils mehrere hundert Exemplare vervielfältigt wurden. Wegen des großen Interesses und des vergleichsweise großen Umfangs von 14 Seiten war man aber auch hier bereits bei der zweiten Ausgabe „an der oberen Grenze des technisch für uns Machbaren angelangt“⁴⁰ und rief dazu auf, das eigene Exemplar an andere Leser weiterzureichen.

Nur allmählich und punktuell verbesserten sich ab Mitte der achtziger Jahre die Herstellungsmöglichkeiten. Die Samaritergemeinde erhielt vom Konsistorium ein modernes Wachsmatritzengerät, was die Vervielfältigung deutlich vereinfachte⁴¹. Das „Blattwerk“ in Halle erschien bereits in 100 bis 150 Exemplaren, die „Grün-Kreuz-Blätter“ in Karl-Marx-Stadt in 50 bis 150, das „Friedensnetz“ in Mecklenburg in 200 bis 250, das „Lila Band“ in Dresden in 250 bis 600, der „Zwischenruf“ in Ilmenau in 300, der „Kontext“ in Berlin in 200 bis 300 Exemplaren – durchweg hergestellt auf kirchlichen Maschinen, die sich vielfach in Kreiskirchenämtern oder Superintendenturen, manchmal aber auch in einfachen Gemeinden befanden.

Blätter, die ohne kirchliches Dach agierten, hatten es dagegen bedeutend schwerer. Die Zeitschriften der Künstlerszene wie „Anschlag“ oder „Glasnot“ in Leipzig wurden per Schreibmaschine, später zum Teil auch mit dem Computer vervielfältigt und erschienen nur in wenigen, im Höchstfall 60 Exemplaren. Der „Grenzfall“ mußte anfangs auf Fotopapier abgezogen werden und wurde dann in der „Umweltbibliothek“ als Spiritusabzug vervielfältigt. Erst als man sich ein Wachsmatritzengerät beschaffen konnte, wurde die Herstellung der monatlich 800 bis 1 000 Exemplare einfacher – bis das Gerät im November 1987 bei einer Durchsichtung beschlagnahmt wurde.

40 Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch-Natur, 2. Brief, Juni 1980, S. 2.

41 Vgl. R. Eppelmann (Anm. 31), S. 125 f.

Große Schwierigkeiten bereitete auch die Beschaffung von Matritzen, Farbe und Papier. In der DDR waren sie, zumal in größeren Mengen, kaum zu bekommen, so daß der Nachschub in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zu einem großen Teil mit Hilfe von Unterstützern wie Roland Jahn oder Ulrich Neumann im Westen besorgt werden mußte und über Besucher oder Korrespondenten eingeschmuggelt wurde⁴². Fast alle Blätter riefen ihre Leser zudem immer wieder zu Geld- oder Materialspenden auf, einige Publikationen wie „Arche Nova“ oder „Aufrisse“ wurden, um die Unkosten zu decken, zu Preisen von fünf oder zehn Mark verkauft.

Einen qualitativen Sprung machte die Samisdat-Produktion ab 1988, als in der „Umweltbibliothek“ damit begonnen wurde, die Wachsmatritzen per Computer zu beschreiben und auf eigenen Geräten zu vervielfältigen. Die grünen Bundestagsabgeordneten Wilhelm Knabe und Caritas Hensel hatten dazu, unter Nutzung ihrer Immunität, moderne Abzugsgeräte eingeführt, so daß in den Räumen der Zionsgemeinde nun auch für andere Gruppen gedruckt werden konnte. Auflagen und Umfang der Hefte expandierten allenthalben und erreichten zum Teil 1 000 oder sogar 2 000 Exemplare bei manchmal bis zu 100 Seiten – beispielsweise bei den für eine Öffnung der DDR plädierenden „Aufrissen II“, der Dokumentation zu den Folgen des ostdeutschen Uran-Bergbaus „Pechblende“ oder den verschiedenen Ausgaben von „Arche Nova“⁴³.

Der Anstieg der Auflagen machte naturgemäß auch veränderte Vertriebswege notwendig. Während anfangs die inoffiziellen Publikationen in der Regel nur im Umfeld der jeweiligen Gruppe verteilt und an einige wenige Kontaktpartner in anderen Städten verschickt wurden, konnte man sie in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre immer häufiger auch bei Veranstaltungen und größeren Zusammenkünften bekommen. Regelmäßig lagen die Hefte auf Büchertischen sowie in den nach Berliner Vorbild errichteten Friedens- und Umweltbibliotheken aus, so daß tatsächlich eine Art

42 Vgl. den Zeitzeugenbericht von Belinda Cooper, Die Arche Berlin-Brandenburg (West): Hilfe vom Klassenfeind, in: C. Jordan/H. M. Kloth (Anm. 34), S. 99 ff.

43 „Aufrisse II“ und „Pechblende“ erschienen in einer Auflage von rund 1 000 Exemplaren, „Arche Nova 1“ in 2 000 Exemplaren; zu den „Aufrissen“ vgl. Stephan Bickhardt (Hrsg.), Recht ströme wie Wasser. Christen in der DDR für Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung – ein Arbeitsbuch, Berlin 1988; zur „Pechblende“ vgl. Michael Beleites, Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uran-Provinz, Berlin 1992; zu „Arche Nova“: C. Jordan/H. M. Kloth (Anm. 34).

„zweite Öffentlichkeit“ entstand, in der ein kontinuierlicher politischer Diskurs geführt werden konnte – außerhalb der staatlich kontrollierten Räume und ohne den Umweg über die westlichen Massenmedien.

V. Staatliche und kirchliche Reaktionen

Ein dritter Faktor für die Formierung des politischen Samisdat in der DDR war, neben den Ambitionen der Gruppen und den verbesserten technischen Möglichkeiten, die Reaktion des Staats- und Parteiapparates auf das unerlaubte Phänomen – und das Verhalten der Kirchen, die in den meisten Fällen als institutionelle Träger fungierten und die Technik kontrollierten.

Solange die nichtlizenzierten Veröffentlichungen überwiegend religiösen Charakter trugen und einen engen innerkirchlichen Rahmen nicht überschritten, wurden sie von den staatlichen Organen weitgehend toleriert. Der Mangel an Papier, Farben und Geräten beschränkte ohnehin die Herstellung, und größere Publikationen, z. B. zu Kirchentagen oder den jährlichen Friedensdekaden, legten die Kirchen in der Regel von sich aus, direkt oder indirekt, zur Genehmigung vor⁴⁴.

Fast alle Herausgeber suchten daher mit unterschiedlichen Mitteln, den ungenehmigten Veröffentlichungen einen betont kircheninternen Charakter zu verleihen – und damit unterhalb der Schwelle staatlicher Verfolgung zu bleiben. In der Regel trugen die Publikationen deshalb den Aufdruck „Nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“ oder „Nur zur innerkirchlichen Information“, in den späten achtziger Jahren auch selbstbewußter „Natürlich innerkirchlich“. Manche, vor allem in der ersten Hälfte der achtziger Jahre, präsentierten sich bewußt als „Brief“, andere verzichteten, um die periodische Erscheinungsweise zu verdecken, auf eine Numerierung der Hefte; „Arche Nova“ half sich sogar mit einer fiktiven Drucknummer der Kirche.

44 Kirchentagsmaterialien wurden meist förmlich zur Druckgenehmigung eingereicht, während die Materialien zu den jährlichen Friedensdekaden informell dem Staatssekretär für Kirchenfragen vorgelegt – und im Fall der „politischen Beeinspruchung“ – häufig auch korrigiert wurden; ohne vorherige Rücksprache mit dem Staat erschienen hingegen die Schriften der Theologischen Studienabteilung beim DDR-Kirchenbund und des Kirchlichen Forschungsheimes in Wittenberg.

Natürlich ließen sich die Sicherheitsorgane davon nicht täuschen. Sobald eigenständige politische Ambitionen erkennbar wurden, setzten staatliche Gegenmaßnahmen ein – wobei sich, auch aus taktischen Gründen, beim MfS die Maßstäbe im Laufe der Zeit verschoben⁴⁵.

Fast immer richtete sich der Druck dabei nicht direkt gegen die Blattmacher, sondern gegen die Kirchenverantwortlichen, die von den staatlichen Behörden – dem Staatssekretär für Kirchenfragen und den ihm nachgeordneten Abteilungen für Kirchenfragen in den Bezirken und Kreisen – ultimativ aufgefordert wurden, die „Rechtsverstöße“ in ihren Reihen zu unterbinden. Eine endlose Reihe von „Aussprachen“ zu diesem Thema ist dazu in den Aktenbeständen von Staat und Kirche überliefert.

Ein frühes Beispiel für dieses Vorgehen sind die Versuche, das Erscheinen der Hefte aus der Berliner Samaritergemeinde zu verhindern. Nachdem im Mai 1984 die zweite Ausgabe erschienen war, beschwerte sich die Abteilung Inneres beim Berliner Magistrat massiv über das „ungenehmigte Periodikum“. Obwohl die Herausgeber daraufhin ihr Konzept änderten (das Heft erschien nun als „Informationsbrief“ an persönlich angeschriebene Personen und erhielt eine kirchliche Registriernummer, es veröffentlichte keine Fortsetzungsartikel mehr, und die Ausgaben wurden nicht mehr numeriert), bezeichnete der Leiter der Abteilung Kirchenfragen in Berlin, Mußler, den „Brief“ im Februar 1985 als „staatsfeindlich“ und drohte mit der Einziehung des Vervielfältigungsgerätes. Der

45 So wurden die „Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch-Natur“ vom MfS noch 1983 als „Mißbrauchshandlung“ gewertet, 1989 aber in einer zentralen Zusammenstellung nicht mehr erwähnt – wahrscheinlich, weil sie im Vergleich zu anderen, radikaleren Umweltblättern als „kleineres Übel“ galten. Vgl. MfS, Hochschule, Studienmaterial Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Mißbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren“ Opposition in der DDR, VVS JHS o001-125/83, S. 78, MDA; Auskünfte zu staatlich nicht-genehmigten Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen, ohne Datum, Anlage zum Schreiben des Ministers für Staatssicherheit an die Leiter der Dienstseinheiten, VVS MfS o008-39/89, MDA. Als der Herausgeber der „Briefe“ 1987 eine ohne Genehmigung vervielfältigte Broschüre zur Kernenergie an Erich Honecker sandte, sollte er sogar eigens zu einem Gespräch mit einem Mitarbeiter des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz eingeladen werden, bei dem allerdings auch erneut „das Unterlaufen staatlicher Normen“ beeinsprucht werden sollte. Vgl. AG Kirchenfragen, Vermerk für Frank-Joachim Hermann, Büro Honecker, vom 30. 4. 1987, S. 2; BA, DY 30/IV B2/14/23.

Berliner Generalsuperintendent Krusche entzog daraufhin den Herausgebern die Registriernummer und das Gerät. Trotz Vorlage eines Rechtsgutachtens durch die Herausgeber und wiederholter Gespräche im Konsistorium meinten dessen Vertreter, daß ein weiteres Erscheinen „politisch unverantwortlich“ sei, so daß das Blatt (vorübergehend) eingestellt werden mußte⁴⁶.

Ähnlich erging es den „Anstößen von und für christliche Umweltgruppen“. Nachdem Kuratorium und Mitarbeiter des Kirchlichen Forschungsheimes im Sommer 1985 die weitere Herausgabe des Heftes abgelehnt hatten, so daß eine bereits fertiggestellte Ausgabe nicht mehr erscheinen konnte, übernahm im Februar 1986 die Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinden (ESG) die Trägerschaft. Kirchlichen Vertretern wurde daraufhin in Gesprächen in der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen erklärt, daß die Herausgabe einer periodischen Zeitschrift für Umweltgruppen das Arbeitsgebiet der Geschäftsstelle überschreite und rechtlich „nicht möglich“ sei. Sollte das Heft weiterhin erscheinen, würde dies „eine Überprüfung der bisherigen Großzügigkeiten in bezug auf Publikationen des kirchlichen Forschungsheimes und der Theologischen Studienabteilung“ zur Folge haben. Der Beirat der Geschäftsstelle sah sich daraufhin „genötigt, diesen Bedenken Rechnung zu tragen und damit die Herausgabe einzustellen“⁴⁷.

Gleichwohl gelang es auf diese Weise nicht, die inoffizielle Publizistik auf breiter Front zu stoppen. Einzelne Pastoren oder Kirchenverantwortliche verteidigten die ungenehmigten Publikationen als Ausdruck kirchlicher Arbeit oder unternahmen zumindest nichts gegen sie. Im Vorfeld des Honecker-Besuches in Bonn (September 1987) und der Unterzeichnung des gemeinsamen Papiers von SED und SPD, in dem diese sich zu den Prinzipien des politischen Dialogs verpflichteten (August 1987), kam es sogar zu einer Ausweitung der Spielräume, da die SED größeren Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen suchte. Selbst der „Grenzfall“, der über keinerlei kirchliche Anbindung verfügte und in scharfem Gegensatz zur offiziellen Politik stand, konnte seinerzeit über ein Jahr

lang ungehindert erscheinen, weil, den Aussagen eines MfS-Mitarbeiters zufolge, „die Parteiführung keine Entscheidung darüber getroffen hatte, die Publikation durch Einleitung eines Ordnungsverfahrens, wie sie von uns vorgesehen war, zumindest erstmal für illegal zu erklären“⁴⁸.

Eine Wende erfolgte im November 1987, als Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes in die Ostberliner Umweltbibliothek eindringen und sieben Personen verhafteten, die gerade die „Umweltblätter“ druckten⁴⁹. Das Abzugsgerät sowie Teile einer noch nicht fertiggestellten „Grenzfall“-Ausgabe wurden beschlagnahmt. Durch Inoffizielle Mitarbeiter informiert, wollte das MfS die Hersteller des „Grenzfalls“ auf frischer Tat überführen, denn inzwischen hatte die Parteiführung der Einleitung strafrechtlicher Maßnahmen zugestimmt⁵⁰. Kurz zuvor hatte das ZK-Sekretariat im Zusammenhang mit der Bundessynode in Görlitz den Grundsatzbeschluss gefaßt: „Für staatsfeindliche Losungen und Aktionen, in welchem Gewande auch immer, gibt es bei uns keinen Raum.“⁵¹

Die Aktion der Staatssicherheit erwies sich jedoch als Bumerang, da der Druck des „Grenzfall“ kurzfristig verschoben worden war und somit keine gerichtsfesten Beweise vorlagen. Unter dem Druck einer DDR-weiten Solidaritätsbewegung mußten die Verhafteten vielmehr wenige Tage später wieder freigelassen und die Verfahren eingestellt werden – ein klarer Sieg der Opposition. Staatssicherheit und Parteiführung suchten nun in einer konzertierten Aktion, die illegalen Publikationen im ganzen Lande zurückzudrängen, ohne dabei zu strafrechtlichen Maßnahmen zu greifen, die als außen- und innenpolitisch schädlich betrachtet wurden⁵². Im Auftrag des MfS gingen die Behörden jetzt vor allem mit Ordnungsstrafen gegen die Blattmacher vor – so gegen die Zeitschriften „Friedensnetz“, „Kontext“, „Informationsblatt Nachtgebete“, „Straßenfeger“, „Aufbruch“ oder „Lausitzbotin“. In Halle wurde im

48 Christina Wilkening, *Staat im Staate. Auskünfte ehemaliger Stasi-Mitarbeiter*, Berlin 1990, S. 59.

49 Ausführlich dazu: *Dokumenta Zion. Sonderausgabe zu den Ereignissen um die Zionsgemeinde* (Dezember 1987), MDA.

50 Vgl. C. Wilkening (Anm. 48), S. 60.

51 „Zur weiteren Arbeit mit den evangelischen Kirchen in der DDR“, Anlage 1 zum Protokoll Nr. 112 der Sitzung des Sekretariates des ZK am 14. 10. 1987, SAPMO IV/2/3/4171, S. 3.

52 Zum grundsätzlichen Problem der Vermeidung strafrechtlicher Verfolgung in den achtziger Jahren vgl. Hubertus Knabe, „Weiche“ Formen der Verfolgung. Zum Wandel repressiver Strategien in der Ära Honecker, in: *Deutschland Archiv*, 30 (1997) 5, S. 709 ff.

46 Ausführlicher zu dem Konflikt: *Arbeitskreis Information, Nachruf*, o. Nr., o. D. (Anfang 1986), MDA.

47 Dieter Ziebarth, *Gedächtnisprotokoll einer Besprechung in der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen am 17. 10. 1986; Protokoll der Beiratssitzung vom 7. bis 9. 11. 1986 in Berlin* (GeschäftsS(telle)), S. 2; *Evangelisches Zentralarchiv (EZA)*, 101/93/5. Schreiben des Leiters der Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR, Dieter Ziebarth, vom 5. 2. 1987, MDA.

November 1988 die komplette Auflage des „Blattwerks“ beschlagnahmt, wobei das MfS in einer rechtlichen Einschätzung feststellte, daß „objektiv die Tatbestandsanforderungen“ öffentlicher Herabwürdigung (§ 220,2) vorlägen⁵³. Darüber hinaus fanden fortwährend „Aussprachen“ mit den Kirchenverantwortlichen statt, um diese zum Eingreifen zu veranlassen. Je nach persönlicher Courage und politischer Einstellung gaben diese den Druck weiter – oder nicht.

Der Leipziger Superintendent Magirius verbot beispielsweise im August 1988 das Erscheinen einer kompletten Ausgabe der „Kontakte“ und ließ im Oktober verschiedene Texte zu den örtlichen Friedensgebeten nicht erscheinen. Zufrieden stellte das MfS später fest, daß den „kirchlichen Amtsträgern ihre Verantwortung für diese innerkirchliche Publikation aufgezeigt (wurde), welcher sie in der Regel gerecht wurden“⁵⁴. Mittels „offensiver operativer Einflußnahme über IM in kirchenleitenden Schlüsselpositionen“ verhinderte das MfS nach eigenen Aussagen auch das Erscheinen eines Informationsblattes des „Arbeitskreises Solidarische Kirche“ (AKSK) in Leipzig im Oktober 1988 und bewirkte, daß der DDR-Kirchenbund die Herausgabe ablehnte⁵⁵. Eingestellt werden mußte 1988 darüber hinaus der vom „Ökologischen Arbeitskreis“ in Ilmenau herausgegebene „Zwischenruf“, nachdem das MfS die örtlichen Kirchenverantwortlichen nach dem Erscheinen der ersten Nummer entsprechend unter Druck gesetzt hatte.

In anderen Fällen führte der Druck auf die Kirchen zu einer inhaltlichen Entschärfung der Blätter. In einer Übersicht vom Mai 1989 nannte das MfS u.a. die Zeitschriften „Streiflichter“, „Kontakte“ (beide Leipzig), „Unterwegs“ (Schwerin), „Turmblatt“ (Stralsund) und „Ausblick“ (Magdeburg), bei denen erfolgreich „Gespräche mit kirchenleitenden Mitarbeitern über Partner des Zusammenwirkens“ geführt worden seien. Das MfS stellte dann, so beim „Turmblatt“, fest, daß „im Ergebnis der realisierten politisch-operativen Maßnahmen (staatliche Einflußnahme) die Abwendung von massiven feindlich-negativen Angriffen hin auf fast ausschließlich religiöse Aussagen und Probleme“ erfolgt sei⁵⁶.

53 Auskünfte zu staatlich nichtgenehmigten Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen (Anm. 45), „Blattwerk“, S. 2; Auskünfte zu Personenzusammenschlüssen, ebd., „Ökologische Arbeitsgruppe“ des Kirchenkreises Halle (ÖAG), S. 2.

54 Auskünfte zu staatlich nichtgenehmigten Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen (Anm. 45), „Kontakte“, S. 2.

55 Vgl. ebd., „Solidarische Kirche“, S. 1.

56 Vgl. ebd., „Turmblatt“, S. 2.

Wenn der Druck auf die Kirchenverantwortlichen nicht fruchtete, wurden die Herausgeber selber ins Visier genommen. Im Fall des seit Oktober 1988 in Halle erscheinenden „Informationsblattes Nachtgebete“ führten staatliche Stellen zunächst mehrfach „Gespräche und Belehrungen mit den jeweils zuständigen kirchlichen Amtsträgern der Evangelischen Kirche“ sowie mit dem Hauptorganisator, Frank Eigenfeld, „in denen sie nachdrücklich auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen hingewiesen wurden“. Dann erteilten Staatsanwaltschaft und MfS „Belehrungen“, denen mit einem Ordnungsstrafverfahren und der „Zuführung und Befragung“ des Herausgebers Nachdruck verliehen wurde⁵⁷. Nach vier Monaten stellten die „Nachtgebete“ schließlich ihr Erscheinen ein⁵⁸.

Zu ähnlichen Auseinandersetzungen kam es auch um andere Blätter – vorrangig in der Provinz, wo die Möglichkeiten der Gegenwehr geringer waren. In Quedlinburg wurde im Oktober 1988 ein Mitarbeiter des Friedens- und Umweltkreises „zugeführt“ und mit einem Ordnungsstrafverfahren überzogen, weil er im Besitz von vier Heften des „Straßenfegers“ war. Die nächsten Hefte erschienen dann als – streng innerkirchlich deklariertes – „Brief“, nachdem die Abteilung Inneres von der Kirche die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen verlangt hatte. Trotzdem ließ das MfS gegen den als Kontaktadresse genannten Jugendwart im Juli 1989 eine Ordnungsstrafe verhängen⁵⁹. In Zittau ging das MfS mit Vernehmungen und Ordnungsstrafverfahren gegen die Herausgeber der „Lausitzbotin“ vor. Unter dem Druck der Behörden distanzierte sich der zuständige Superintendent von der Veröffentlichung und erzwang eine Namensänderung sowie eine Verringerung des Umfangs auf nur noch zwei Blatt⁶⁰. Auch in Forst wurde die Kirche unter Druck gesetzt, und die Herausgeber des „Aufbruchs“, die in einer der Ausgaben namentlich genannt worden waren, erhielten Ordnungsstrafen von mehreren Tausend Mark⁶¹.

57 Vgl. Streiflichter vom 22. 12. 1988, S. 13.

58 Vgl. Auskünfte zu staatlich nichtgenehmigten Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen (Anm. 45), „Informationsblatt Nachtgebete“, S. 2 f.; Auskünfte zu Personenzusammenschlüssen, ebd., „Vorbereitungskreis Nachtgebete Halle“, S. 1 f.

59 Vgl. Brief aus der Haltestelle, Winter '88/'89, S. 1. MfS, Auskünfte zu staatlich nichtgenehmigten Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen (Anm. 45). „Der Straßenfeger“, S. 2; W. Rüdtenklau (Anm. 20), S. 272.

60 Vgl. IP. Das Informationspapier der Friedens- und Umweltgruppe Zittau zu den Themen: Umwelt/Frieden/Gerechtigkeit vom 2. 7. 1989, S. 1 f.

61 Zu den Auseinandersetzungen um den „Aufbruch“ vgl. W. Rüdtenklau (Anm. 20), S. 197 und S. 270, sowie die vom

Trotz dieser Maßnahmen gelang es nicht, die inoffizielle politische Publizistik zu zerschlagen. Die Repressalien führten vielmehr zu neuen Solidaritätsaktionen und zu einer wachsenden Konfliktbereitschaft der Gruppen. In einer Information an das Politbüro mußte das MfS deshalb im Frühjahr 1989 einräumen: „Ungeachtet einer Vielzahl durchgeführter differenzierter und zentral abgestimmter staatlicher und gesellschaftlicher, insbesondere auch rechtlicher Maßnahmen zur Verhinderung der Herstellung und Verbreitung solcher Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse – darin eingeschlossen die bekannten Maßnahmen gegen die antisozialistische Schrift ‚GRENZFALL‘, die im Zeitraum 1986/87 eine Schlüsselrolle unter derartigen Pamphleten einnahm und feindlich-negativen Kräften als Nachahmungsbeispiel diente – und dabei erzielter Ergebnisse konnte die Gesamtsituation auf diesem Gebiet nur unwesentlich positiv beeinflußt werden.“⁶²

Partei, Staatssicherheit und das Staatssekretariat für Kirchenfragen suchten daher seit dem Frühjahr 1988 nach einer grundsätzlichen Lösung zur Ausschaltung der inoffiziellen Publizistik – zeitgleich zu den Versuchen, die *legal* erscheinenden Kirchenzeitungen durch wiederholte Zensureingriffe einzuschüchtern. Die Grauzone zwischen politischen und innerkirchlichen Publikationen sollte beseitigt werden. In einem Arbeitspapier hatte das Staatssekretariat für Kirchenfragen dazu drei Varianten entwickelt. Die erste sah die Einführung eines Vervielfältigungsrechtes der Kirchen ausschließlich für innerdienstliche Druckerzeugnisse vor, die zweite die Erteilung einer Generallizenz an die Kirchen für die Vervielfältigung von Schriften zum innerkirchlichen Dienstgebrauch, wobei die Kirchen selber – bei Androhung des Entzugs – als Zensor fungieren sollten. Die dritte hingegen beabsichtigte die konsequente Durchsetzung des geltenden Rechts, d.h. der Genehmigungspflicht aller nichtoffiziellen Veröffentlichungen, wobei man einräumen mußte, daß davon die Behörden praktisch lahmgelegt werden würden⁶³. Eine auf der Grundlage eines Politbürobeschlusses vom Januar 1989 eingesetzte interministerielle Arbeitsgruppe verständigte sich daraufhin auf den ersten Vorschlag und entwarf eine entsprechende Neufassung der Druckgenehmigungsanordnung, der der Staatssekretär für Kirchenfragen, Löffler, am 25. September 1989 zustimmte. In Kraft getreten ist die Novelle freilich nie, weil nach dem Macht-

antritt von Egon Krenz das Vorhaben politisch nicht mehr opportun erschien. Ausgerechnet Löffler machte sich nun dafür stark, daß die gegen den „Aufbruch“ verhängten Ordnungsstrafen wieder aufgehoben wurden – im Interesse „einer Wiederherstellung des konstruktiven und sachlichen Dialoges zwischen Staat und Kirche“⁶⁴.

VI. Fazit

Bei der Formierung und Stabilisierung einer politischen Oppositionsbewegung gegen die SED kam der inoffiziellen Publizistik eine wichtige Rolle zu. Obgleich, durch Auflage und Vertrieb beschränkt, nur ein verschwindend kleiner Teil der DDR-Bevölkerung die ungenehmigten Publikationen rezipieren konnte, entfalteten sie auf anderer Ebene eine nicht zu unterschätzende Wirkung: Allein die Tatsache ihres Erscheinens in einer ansonsten monopolisierten politischen Öffentlichkeit widerlegte das ideologische Konstrukt der SED, Aggregat aller gesellschaftlichen Interessen zu sein. Im theoretischen Diskurs und in der Berichterstattung über konkrete politische Auseinandersetzungen bildeten sich kleine Gruppen einer zivilen Gesellschaft, die schließlich, im Herbst 1989, das Korsett des Parteistaates abwarfen.

Die Gruppen als Katalysatoren dieser Entwicklung konnten mit Hilfe der inoffiziellen Schriften ihre Arbeit in mehrerer Hinsicht qualifizieren: inhaltlich durch fundierte Informationen und programmatische Debatten, praktisch durch die Vernetzung der Gruppen und die Ermutigung zu neuen Aktionen. Durch den Aufbau eigener „Medien“ machten sie deutlich, daß sie sich, allen Einschränkungen zum Trotz, von Objekten zu Subjekten der Politik entwickelt hatten, die der SED offen die Stirn boten – und mit den Instrumenten der Macht nicht einfach unterdrückt werden konnten.

Im Vergleich zu anderen kommunistischen Staaten weist der Samisdat der DDR dabei politische und gesellschaftliche Beschränkungen auf, die mit der Genesis der DDR-Opposition und der besonderen Situation im geteilten Deutschland zusammenhängen: Nicht aus der Mitte der Gesellschaft formierten sich in den achtziger Jahren die Gegenkräfte zur SED, sondern eher an ihrem Rand, in einer

Staatssekretär für Kirchenfragen überlieferten Unterlagen: BA, D 04 922.

62 MfS, Information Nr. 168/89 (Anm. 22), S. 2 f.

63 Vgl. Problematik der Anwendung . . . (Anm. 39), S. 5 ff.

64 Schreiben des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Löffler, an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Cottbus, Siegesmund, vom 16. 11. 1989, BA DO 4/974.

grün-alternativen Bewegung im Schutzraum der Kirchen, während zugleich ein großer Teil der kritischen Energien permanent in die Bundesrepublik abfloß. Der Samisdat der DDR verstand sich deshalb nicht, wie in der ČSSR oder Polen, als

„wahre Stimme der Nation“, sondern eher als Sprachrohr eines spezifischen politischen Milieus. Er teilte deshalb auch das Schicksal der Gruppen, nach der Entmachtung der SED rasch wieder an Bedeutung zu verlieren.

Alf Lüdtke: Die DDR als Geschichte. Zur Geschichtsschreibung über die DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/98, S. 3–16

Nach der revolutionären „Wende“ von 1989/90 stehen – bis auf geringe Ausnahmen – die Texte der DDR ebenso wie ihre Akteure für beinahe unbegrenzte Lektüre und Nachfragen zur Verfügung. Mit dieser einzigartigen Zugänglichkeit kontrastiert ein hohes Maß von Neo-Traditionalismus der Forschungsperspektiven. Fragen nach politischer Kontrolle durch Mächtige, zumal nach Profil und Ausmaß der Diktatur, bestimmen die Debatte. Politikgeschichtliche Zugänge dominieren. Es geht um Machtstrukturen und Herrschaftsapparate, um Funktionseliten und Ideologie; Gesellschaft gilt als effektiv „durchherrscht“.

Demgegenüber käme es darauf an, die Verhaltensweisen der vielen und ihre sozial-kulturellen Selbstdeutungen, zumal jenseits der „Kommandohöhen“ von Staatsapparat und SED, zu erkunden. Wird Herrschaft als soziale Praxis begriffen, rücken die Formen der Aneignung ins Zentrum: Wie haben die Menschen die Zwänge und Anreize des Alltags genutzt oder umgedeutet, attackiert oder vermieden? Neben den Interessen der Menschen gewinnen dann ihre Emotionen an Bedeutung (z. B. Angst vor, aber auch Zuneigung zu den Autoritäten). Diese Perspektive erlaubt, die anhaltende relative Stabilität ebenso wie deren unblutige Implosion im Herbst/Winter 1989/90 zu erklären. Die spezifische Bedeutung von Arbeit, die Eigenarten der Zeiterfahrung und Zeitverwendung, die Bedeutung des Lokalen oder Betrieblichen, aber auch der Verlust öffentlicher Ästhetik erweisen sich als wichtige Elemente beim massenhaften Mitmachen – aber auch für das massenhafte Abrücken von der DDR.

Holle Grünert: Beschäftigungsstrategie der DDR. Frühe Erfolge und zunehmende Erstarrung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/98, S. 17–25

Das Beschäftigungssystem der DDR entstand im wesentlichen in den späten vierziger bis frühen sechziger Jahren. Es war gekennzeichnet durch zentrale Planung des Arbeitskräftebedarfs bei relativer Eigenverantwortung der Betriebe für den Arbeitskräfteeinsatz; durch die Zuständigkeit von Bildungssystemen und „territorialen Organen“ für die Mobilisierung, Qualifizierung und „Lenkung“ von Arbeitskräften sowie durch freie Arbeitsplatzwahl und effektiv gesicherte Arbeitnehmerrechte.

Unter den Bedingungen vorwiegend extensiven Wachstums in den modernen Wirtschaftssektoren war die Beschäftigungsstrategie der DDR zunächst erfolgreich. So gelang es, das Arbeitskräftepotential weitgehend auszuschöpfen (insbesondere durch Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen), das Qualifikationsniveau zu erhöhen und den Strukturwandel in Richtung eines schnellen Ausbaus der Schwer- und Großindustrie voranzutreiben.

In dem Maße, in dem sich die Erfordernisse intensiven Wirtschaftswachstums verstärkten und die Ressourcen für eine Ausweitung des „Arbeitsvermögens“ zu erschöpfen drohten, stieß die Beschäftigungsstrategie jedoch an ihre Grenzen. Dieselben Instrumente, die eine Mobilisierung zusätzlicher Arbeitskräfte gefördert hatten, behinderten jetzt deren Reallokation. Die Mobilität von Arbeitskräften ging deutlich zurück und blieb bis zum Ende der DDR gering. Kampagnen zur „Freisetzung für neue Aufgaben“ zeitigten kaum Erfolge. Der wirtschaftliche Strukturwandel war zunehmend blockiert.

Hubertus Knabe: Nachrichten aus einer anderen DDR. Inoffizielle politische Publizistik in Ostdeutschland in den achtziger Jahren

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/98, S. 26–38

Trotz oder wegen des rücksichtslos durchgesetzten Anspruchs der SED auf vollständige Kontrolle der Medien hat es in der DDR immer wieder Versuche gegeben, politische Meinungen unverstellt und unkontrolliert zum Ausdruck zu bringen. In den achtziger Jahren geschah dies vor allem durch eine wachsende Zahl von Vervielfältigungen, die illegal in der DDR herausgegeben, gedruckt und vertrieben wurden. Der Beitrag untersucht Entstehung und Entwicklung dieser inoffiziellen politischen Publizistik, die sich überwiegend im Schutzraum der evangelischen Kirchen formierte und in den letzten Jahren der SED-Herrschaft zunehmend ausbreitete. Themen und Profile der im „Samisdat“ (russisch für Selbstverlag) herausgegebenen Schriften werden ebenso analysiert wie Herstellungsbedingungen und Vertriebswege. Dabei wird deutlich, daß es SED und Staatssicherheit trotz umfangreicher Gegenmaßnahmen und massivem Druck auf die Kirchen nicht gelang, diese „zweite Öffentlichkeit“ wirksam zu zerschlagen, so daß sich diese zu einem bedeutenden Fokus der friedlichen Revolution von 1989 entwickeln konnte.